Landtag
Nordrhein-Westfalen
18. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 18/961
08.09.2025

Wissenschaftsausschuss

42. Sitzung (öffentlich)

8. September 2025

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:02 Uhr bis 12:03 Uhr

Vorsitz: Dr. Hartmut Beucker (AfD)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkt:

Wie gestalten wir Grundbildung in einer vielfältigen, alternden Einwanderungsgesellschaft? **3**

– Anhörung von Sachverständigen *(siehe Anlage)*

* * *

Wie gestalten wir Grundbildung in einer vielfältigen, alternden Einwanderungsgesellschaft?

– Anhörung von Sachverständigen *(siehe Anlage)*

Vorsitzender Dr. Hartmut Beucker: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie alle ganz herzlich: die Mitglieder des Ausschusses, Vertreter anderer Ausschüsse sowie der Landesregierung, Zuhörerinnen und Zuhörer, Vertreterinnen und Vertreter der Medien sowie ganz besonders die Sachverständigen. Die Einberufung des Ausschusses erfolgte mit Sitzungseinladung 18/1378. Ich gehe von einem allseitigen Einvernehmen mit der Tagesordnung aus. Die Anhörung wird per Videostream live im Internet übertragen.

(Es folgen organisatorische Hinweise.)

Im Wissenschaftsausschuss bin ich sowohl Vorsitzender als auch Vertreter meiner Partei und werde mich daher nicht nur organisatorisch, sondern nachher auch inhaltlich zu Wort melden.

Um das Thema „Weiterbildung“ umfassend im Ausschuss zu würdigen, hatten sich die Fraktionen im Wissenschaftsausschuss mehrheitlich darauf verständigt, die Weiterbildungskonferenz des Landtags mit der heutigen Anhörung zu flankieren und im besten Falle Impulse zu setzen.

Ich danke den Sachverständigen für ihre vorab eingereichten Stellungnahmen. Wie bereits im Einladungsschreiben mitgeteilt, sind Eingangsstatements nicht vorgesehen. Die Abgeordneten werden sich vielmehr direkt mit ihren Fragen an die Sachverständigen wenden. Ich werde zunächst einige Fragen aus dem Kreis der Abgeordneten sammeln und bitte dann die Sachverständigen, diese zu beantworten. Ich schlage vor, dass wir zunächst maximal drei Fragen pro Fraktion und danach weitere Fragen in weiteren Runden stellen, um die Fragerunden nicht zu überfrachten.

Damit alle Sachverständigen ihre Interessen bei der Beantwortung der Fragen angemessen vertreten können, werden sie gebeten, nur die konkret an sie gestellten Fragen zu beantworten. Die Kollegen bitte ich, die Adressaten deutlich zu benennen.

Sie können davon ausgehen, dass die Abgeordneten ihre vorab schriftlich eingereichten Stellungnahmen im Detail zur Kenntnis genommen haben. Bitte nehmen Sie daher Abstand von ausführlichen Wiedergaben Ihrer Stellungnahmen und von generellen Statements.

Raphael Tigges (CDU): Herzlichen Dank an Sie alle, die heute Morgen gekommen sind, um uns zur Verfügung zu stehen für eine intensive und rege Diskussion im Rahmen der Weiterbildungskonferenz. Dass wir uns wieder intensiv austauschen können und Sie heute hier sind, freut mich sehr. Ich schätze den Austausch, den wir hier doch sehr regelmäßig führen, nicht nur im Rahmen dieses Formates, sondern auch unterjährig bei ganz vielen anderen Begegnungen. Dafür schon mal herzlichen Dank.

Herzlichen Dank für Ihre schriftlichen Stellungnahmen. Die sind sehr ausführlich und sehr aufschlussreich.

Bei mir ist ein bisschen die Frage offen geblieben – vielleicht können Sie aus Ihrer jeweiligen Sicht darauf eingehen – der Zugänge zu Grundbildung. In den Stellungnahmen sind viele unterschiedliche Begriffe vorgekommen: altersorientiert, lebensweltbezogen, niederschwellig. Das wiederholt sich in den Stellungnahmen, aber ist ein Stück weit abstrakt. Wenn ich auf die Lebensrealität der Menschen gucke, ist das alles zwar richtig, aber wir erreichen immer noch Menschen wahrscheinlich nicht, weil die selbst die niederschwelligen Zugänge nicht nutzen oder gar nicht wissen, dass es diese Zugänge überhaupt gibt. Wie können wir diese Wand, diese Hürde, noch besser durchbrechen, um die Menschen in die Formate zu bekommen? Denn ich glaube, viele finden erst gar nicht den Weg in die Formate oder zu den Angeboten.

Deswegen habe ich auch die Frage: Gibt es nach Ihrer Erfahrung schon gute Kooperationen oder Möglichkeiten, Menschen zu erreichen über beispielsweise Migrantenorganisationen, über Kulturvereine, über kirchliche Organisationen, Moscheevereine, Kirchengemeinden, wo ja auch ein gewisser Grad an Bildung und Vermittlung von Kompetenzen stattfindet? Die etablieren ja teilweise für sich selbst auch Bildungsformate. Kann man das vielleicht noch mehr ausformulieren oder vielleicht da noch bessere Kooperationen suchen?

Daran angedockt die Frage: Wir haben ja Grundbildungsangebote, die von Ihnen gestaltet werden, aber die ja für Sie auch eine Herausforderung sind, weil wir sehr unterschiedliche sprachliche, kulturelle und biografische Hintergründe haben. Wie stellen Sie sich darauf ein? Können Sie das alles leisten in der sehr heterogenen Gesellschaft mit sehr verschiedenen Kulturen, die wir dann auch hier unterrichten müssten oder erreichen müssten? Wie können Sie das leisten, und was brauchen Sie dafür?

Carolin Kirsch (SPD): Herzlichen Dank auch von meiner Fraktion, dass Sie alle hier anwesend sind und uns unterstützen.

Meine Fragen richten sich im Moment erstmal an alle Sachverständigen, die zumindest meinen, dass sie dazu auch etwas beisteuern können.

Die erste Frage wäre: Welche konkreten Maßnahmen halten Sie in NRW für notwendig, um diese Zusammenarbeit der Akteurslandschaft, die es schon gibt, wirksam und ohne eine hohe bürokratische Belastung zu garantieren?

Meine zweite Frage ist: Welche konkreten Maßnahmen halten Sie für sinnvoll und wirksam, um die Zugänglichkeit zu Grundbildungsangeboten für benachteiligte Gruppen langfristig auszubauen? Das schließt ein bisschen an das an, was der Kollege Tigges auch schon sagte.

Mich würden in dem Zusammenhang konkrete Beispiele für gelungene Lernformate interessieren – sowohl was die aufsuchende Arbeit angeht als auch im digitalen Bereich.

Die dritte Frage ist: Welche Möglichkeiten gibt es, digitale und analoge Lernformate effektiv miteinander zu kombinieren, sodass sowohl Menschen mit wenig digitalen Vorkenntnissen als auch Menschen mit digitalen Kompetenzen abgeholt werden können?

Julia Eisentraut (GRÜNE): Vielen Dank, dass Sie alle heute hier sind und sich die Zeit nehmen, unsere Fragen zu beantworten. Die Weiterbildungskonferenz ist ja immer eine schöne Möglichkeit, auch über verschiedene Themen in den Austausch zu kommen.

Meine erste Frage bezieht sich auf das Alphanetz NRW. In vielen Stellungnahmen wird das Alphanetz NRW als zentrale Struktur für Qualität, Koordination und Innovation in der Grundbildung beschrieben. Gleichzeitig zeigt sich, dass Sie dem eine unterschiedliche Wirkung zuschreiben. Deshalb: Wie kann aus Ihrer Sicht das Alphanetz NRW weiterentwickelt werden, um seine Rolle als landesweite Koordinierungsstruktur zu stärken und um auf kommunaler Ebene sichtbarer und wirksamer zu werden?

Meine zweite Frage bezieht sich auf die Grundbildung im demografischen Wandel. Beispielsweise Professor El-Mafaalani von der TU Dortmund beschreibt sehr eindrücklich, wie in einer alternden Gesellschaft die Verantwortung für Bildung zunehmend auf öffentliche Institutionen übergeht, gerade im Bereich von Kindern und Jugendlichen, weil es Familien oft an Zeit und Ressourcen fehlt. Gleichzeitig wächst die Zahl der älteren Menschen, die selbst Bildungsbedarfe haben oder sich ehrenamtlich engagieren möchten. Wie kann Grundbildung so gestaltet und strukturell abgesichert werden, dass sie den Herausforderungen des demografischen Wandels gerecht wird, indem sie junge Menschen in prekären Lebenslagen gezielt unterstützt und gleichzeitig Rentner*innen als Lehrende, Begleiter*innen oder Multiplikator*innen aktiv einbindet?

Bei der dritten Frage geht es um die Zielgruppenorientierung und die Teilhabe. Menschen mit Migrationsgeschichte, Behinderungen oder im höheren Alter bringen vielfältige Perspektiven und Erfahrungen mit. In vielen Stellungnahmen wird gesagt, es ist wichtig, sie nicht nur als Lernende zu betrachten, sondern auch als Expert*innen ihrer eigenen Situation. Deshalb die Frage: Welche Ansätze haben sich bewährt, um Angebote gemeinsam mit dieser Zielgruppe zu gestalten? Wie können unterschiedliche Lebenslagen, aber auch örtliche Situationen – eine Stadt ist etwas ganz anderes als das kleine 6.000-Seelen-Dorf am Rande von NRW – bei dieser Zielgruppenorientierung und der Teilhabe berücksichtigt werden?

Angela Freimuth (FDP): Meine sehr verehrten Damen und Herren Sachverständige, seitens der FDP-Fraktion einen herzlichen Dank für Ihre ausführlichen schriftlichen Stellungnahmen.

In vielen Ihrer Stellungnahmen betonen Sie, dass Alphabetisierung und die Grundbildung heute untrennbar mit digitaler Teilhabe verknüpft sind. Gleichzeitig werden digitale Lernplattformen und KI-gestützte Hilfen auch als Chancen gesehen, Lernprozesse individueller zu gestalten. Deshalb meine Frage an alle: Wie können aus Ihrer Sicht Alphabetisierung und Grundbildung so weiterentwickelt werden, dass digitale Innovationen tatsächlich Barrieren abbauen und nicht neue Hürden für diejenigen schaffen, die ohnehin schon schwer zu erreichen sind?

Eine zweite Frage richtet sich an Frau Professorin Dr. Schreiber-Barsch. Sie heben die Anfälligkeiten von Übergängen in den Bildungsketten hervor. Welche konkreten Reformen schlagen Sie vor, die wir im Land Nordrhein-Westfalen anstoßen müssten, um diese Übergänge zu stabilisieren oder zu vereinfachen?

Daran anknüpfend eine dritte Frage an Frau Sokolowsky: In Ihrer Stellungnahme sprechen Sie die Verzahnung von Grundbildung und beruflicher Weiterbildung an. Wie könnte aus Ihrer Sicht das Land Nordrhein-Westfalen diesen Übergang systemisch fördern und unterstützen?

Dr. Hartmut Beucker (AfD): Ich richte meine Fragen an Herrn Kleemann-Göhring. In Ihrer Stellungnahme beschreiben Sie, dass 85 % der Netzwerkpartner des Alphanetzwerkes dieses als zentrale Instanz schätzen. Was haben die restlichen 15 % denn vorgebracht, oder haben die dazu gar nichts gesagt?

Die zweite Frage ist: Können Sie die Evaluierung des Alphanetzwerkes etwas genauer beschreiben? Nach welchen Kriterien wurde da vorgegangen?

Falls Sie das beantworten können, und ansonsten geht die Frage auch an den DGB, der in seiner Stellungnahme betont, besonders wichtig sei es, dass der Wiedereinstieg oder die Teilhabe an Arbeit ermöglicht wird: Lässt sich das irgendwie quantifizieren?

Antje Rösener (Gesprächskreis für Landesorganisationen der Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen): Mit Ihren Fragen haben Sie ja gleich in die Vollen hineingestochen. Ich werde jetzt nur ein, zwei Sachen aufgreifen, denn die Kollegen kommen ja auch noch zu Wort. Sie haben vielleicht an den Stellungnahmen auch gemerkt, dass wir in vielen Punkten am gleichen Strang ziehen und die gleichen Probleme diagnostiziert haben und hier auch in der gleichen Weise vorgehen und arbeiten.

Ich möchte noch grundlegend sagen: Wir gehen im Gesprächskreis, aber auch innerhalb der Weiterbildungseinrichtungen insgesamt von einem breiten Grundbildungsverständnis aus. Das heißt, es geht nicht nur um Alphabetisierung; das natürlich auch. Es geht um digitale Grundbildung, um politische Grundbildung, um die Fähigkeit, überhaupt unser Schulsystem zu verstehen, mit Behörden und Ämtern kompetent umgehen zu können usw. Das ist schon mal der eine wichtige Punkt.

Der zweite wichtige Punkt ist, dass dieses ganze Arbeitsfeld wirklich unserem Selbstverständnis und unserem tiefsten Anliegen entspricht, aber auch unserem Know-how. Ja, es ist so. Sie fragten eben danach: Finden Sie überhaupt immer Leute, die in diesen diversen Zielgruppen aktiv sein können? Da haben wir ein Know-how erworben, wie wir Kursleitende suchen und ihre Fähigkeiten checken, damit sie in den Milieus sprachfähig sind und anknüpfend an die Lebenswelten agieren können. Das ist etwas, was die Weiterbildung mitbringt.

Jetzt möchte ich die Frage der Zugänge aufgreifen. Das vereint uns auch, dass wir alle unterschiedliche Zugänge zu Netzwerken haben – die einen vielleicht stärker im Alphanetzwerk, die kirchlichen Weiterbildungseinrichtungen natürlich auch stark in Zusammenarbeit mit unseren diakonischen Einrichtungen, mit den Beratungsstellen, mit den Mehrgenerationenhäusern, Familienzentren usw. Ohne das Netzwerk an Kooperationspartnern kann man gerade diese Arbeit nicht machen, weil man da auch die Brückenpersonen findet und die Orte hat, wo Menschen eben schon Vertrauen aufgebaut haben, zum Beispiel in eine Beratungsstelle. Das ist ein wichtiger Punkt.

Sie sprachen das auch an, was Migranten betrifft. Viele Migranten in unserer Gesellschaft organisieren sich auch um ihre Religion herum. Deswegen sind die Tempel der Sikh und die Hinterhofmoscheen wichtige Orte, die es in dem Feld aufzusuchen gilt, denn das sind oft die ersten Anlaufstellen, wenn jemand hier hinkommt. Da fangen die an, ihre Netzwerke und ihre Fühler auszustrecken und sich Hilfe zu suchen. Das sind also auch unter anderem Orte, die für uns für Grundbildung interessant sind und auch Partner werden können, auch in Projekten. Wir hatten ein Innovationsprojekt explizit, um Migrantenorganisationen auch im Ländlichen – Ostwestfalen-Lippe hatten wir da – aufzusuchen, die vorher keiner kannte. Aber man findet die, und man kommt auch mit denen in Kontakt, zum Beispiel mit den Jesiden in Ostwestfalen. Dann wurden da auch gemeinsame Veranstaltungen gemacht. Auch die jüdische Gemeinde in Minden hat mitgemacht. Das ist uns möglich. Das Know-how ist da.

Das Problem ist einfach, es ist das teuerste Segment unserer Arbeit. Wir hätten noch 1.000 Ideen, aber wir müssen ja am Ende auch eine schwarze Null schreiben. Natürlich habe ich eine viel bessere Bilanz, wenn ich fünf Tage ein Leitungstraining für Führungskräfte mache, als wenn ich in Ostwestfalen eine Migrantenorganisation aufsuche und erstmal Kontakte aufbaue und dann ins Gespräch gehe: Können wir zusammenarbeiten? Was braucht ihr? Was können wir euch bieten? Wir sehen die Zielgruppen. Wir wüssten auch Zugänge. Aber in der Tat können wir nur projektmäßig da aktiv werden. Das Feld ist noch unerschöpflich groß.

Celia Sokolowsky (Gesprächskreis für Landesorganisationen der Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Vielen Dank für die Fragen und die Einladung in den Ausschuss. Ihre Fragen zeigen auch eine Würdigung der Stellungnahmen, die ja schon ein sehr rundes Bild geben und das Thema „Grundbildung“ weit auffächern.

Es ist mir nicht möglich, auf alle gestellten Fragen jetzt in einer Stellungnahme Antworten zu geben. Wir werden schauen, ob die Runde ein vollständiges Bild ergibt. Ansonsten würde ich Sie bitten, vielleicht Fragen noch mal zu konkretisieren oder auch ein zweites Mal zu stellen.

Ich würde mich gerne auf das Thema konzentrieren, das bei mehreren Fragen durchschien: Zugänge zu Grundbildung. Was bedeutet das aufsuchende Arbeiten? Gibt es gute Beispiele dafür? Was tut das Alphanetz NRW? Nicht gleich, aber doch ähnlich wie der Gesprächskreis ist das Alphanetz NRW sozusagen eine Suprastruktur. Das ist ein trägerübergreifender Zusammenschluss mit dem Ziel, die Alphabetisierung und Grundbildung insgesamt in NRW durch Kooperation zu fördern, Angebote zu fördern, die Professionalisierung des pädagogischen Personals zu verstärken, aber vor allen Dingen alle Akteure in dem Feld und auch solche, die sich vielleicht noch nicht in diesem Feld verorten, für die Aufgabe zu gewinnen, das Grundbildungsniveau in der Bevölkerung insgesamt zu erhöhen. Diese Aufgabe erfüllt das Alphanetz seit mehr als zehn Jahren. Es gibt mit Sicherheit noch Weiterentwicklungsbedarf – wie eigentlich immer.

Die zentrale Aufgabe des Alphanetzes ist, Kooperationsstrukturen zu schaffen und möglichst viele Akteure für die Sache der Grundbildung zu gewinnen. Es geht keineswegs

nur darum, die Weiterbildungseinrichtungen selber in das Alphanetz zu holen, sondern auch Partner aus dem Bereich Arbeitsagenturen, Regionalagenturen für Arbeit, Kooperationspartner aus anderen Verbänden, insbesondere aus den Sozialverbänden, um eine Ansprache zu schaffen, die die Menschen dort abholt, wo sie aufschlagen, etwa im Jobcenter oder in Sozialberatung, und sie bei Grundbildungsbedarf, einem Grundbildungsdefizit, Lernbedarfen und Lernmotivationen mit Weiterbildung in Kontakt zu bringen und Angebote für sie zu finden, die auf ihre Lernbedarfe, aber auch ihre Möglichkeit, an Lernangeboten teilzunehmen, zugeschnitten sind. Es hat sich gezeigt, dass Kooperationen aller Akteure ein erfolgreicher Weg sind, um Menschen in Weiterbildung zu bringen, im Sozialraum, im beruflichen Umfeld, Unternehmensleitungen dafür zu sensibilisieren, die Sozialpartner, Ansprache im Betrieb und für diejenigen, die sich nicht im Erwerbsleben befinden, in Behörden oder Institutionen.

Ein anderer wichtiger Weg ist die aufsuchende Arbeit im Quartier – im ländlichen Raum spricht man vielleicht nicht von Quartier –, dort, wo die Menschen leben, wo sie arbeiten, wo sie ihre Freizeit verbringen, wo sie ohnehin sind, weil ihre Kinder dort zur Schule gehen. Das bedeutet, an den Orten zu sein, wo Menschen mit Grundbildungsbedarf ohnehin sind, und sie dort abzuholen, ihnen Angebote zu machen, die an ihre alltäglichen Herausforderungen anknüpfen, und sie so vielleicht auch für einen Wiedereinstieg in das Lernen zu gewinnen und in Beratung zu bringen für weitere Angebote, die dann eine Bildungskette eröffnen, die vielleicht auch zum Nachholen eines Schulabschlusses führt oder in berufliche Weiterqualifizierung.

Wir haben zahlreiche Projekte, die in diesem Bereich vor Ort durchgeführt werden. Das ist vielleicht auch die größte Krux daran, dass das in der Regel Projektstrukturen sind, in denen solche offenen Lerntreffs eingerichtet werden, die sehr erfolgreich sind. Ich denke, dass wir heute Nachmittag, wenn die Praxis hier auch mitdiskutiert in der Weiterbildungskonferenz, auch einige Beispiele hören werden, wie beispielsweise in Duisburg ein offener Lerntreff im Quartier Marxloh eingerichtet wurde oder andere offene Angebote, die Menschen erreichen und zum Teil andocken an Kitas, Familienzentren, Grundschulen usw., um da Ansprache durchzuführen, wo die Leute sind. In der Tat ist es so, dass Menschen mit Grundbildungsbedarf nicht unbedingt von sich aus die Weiterbildungseinrichtung aufsuchen und oft diesen Weg für sich erstmal nicht sehen, sondern über Beratung und Ansprache in Weiterbildung gebracht werden sollten.

Für das ganze Feld – auch der digitalen Grundbildung, bei der sich vielleicht Ansprache noch ein bisschen anders darstellt – können wir feststellen, dass Kooperation in einem möglichst breiten Netzwerk von Akteuren zielführend ist. Das gilt auf Landesebene. Das macht das Alphanetzwerk auch in hervorragender Art und Weise. Das muss aber auch auf regionaler Ebene vor Ort im Kreis, in der Stadt durchgeführt werden. Auch vor Ort ist es notwendig, dass sich die Akteure vernetzen. Über die Novellierung des Weiterbildungsgesetzes sind ja auch zusätzliche Mittel für diese Aufgabe, für die regionale Bildungsentwicklung nach § 13a, eingeführt worden. Auch in diesem Bereich können wir sehr gut viele erfolgreiche Beispiele sehen, die natürlich aber auch formal als Projekte durchgeführt werden. Das heißt, eine Verstetigung und mit welchen Mitteln sie dann gelingen kann, ist immer eine offene Frage.

Das hat gewiss nicht alle Ihre Fragen beantwortet. Bitte fragen Sie nach, wenn etwas unbeantwortet bleibt am Ende der Runde.

Dr. Stefan Mittelstedt (Landesverband der Volkshochschulen von NRW): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Landtagsabgeordnete! Ich will an Frau Sokolowsky anknüpfen, die ja schon sehr viel gesagt hat. Sie hatten alle nach Zugängen gefragt. Wie erreichen wir Menschen, die Grundbildungsbedarf haben? Da muss man, glaube ich, in zwei Richtungen denken.

Einmal müssen wir die Angebote bekannt machen. Das ist nicht immer der Fall. Dazu bedarf es – wie Frau Sokolowsky schon ausgeführt hat – Kooperationen mit verschiedenen Playern – am besten vor Ort mit regionalen Playern. Wenn ich zum Beispiel an den Schulabschluss denke, so sind das Jugendämter und Jobcenter. Ganz wichtig ist das Bekanntmachen an den allgemeinbildenden Schulen und Berufsschulen, dass es überhaupt diese Möglichkeit des Zweiten Bildungswegs gibt. Auch das ist bei vielen nicht bekannt. Wir müssen schauen, dass wir möglichst viele Multiplikatoren finden, um unsere Angebote vor Ort bekannt zu machen. Das Gleiche gilt für Alphabetisierungsangebote. Das ist die eine Richtung: das Bekanntmachen der Angebote.

Die andere Richtung ist: Wie müssen wir die Angebote gestalten, damit die Menschen überhaupt kommen und bleiben? Da ist es sehr wichtig, dass wir sie vor Ort erreichen. Menschen mit Grundbildungsbedarf sind eigentlich fast alle wenig mobil. Das heißt, die Angebote müssen nicht in größerer Entfernung für sie vorhanden sein, sondern sie müssen vor Ort und nah für sie erreichbar sein. Das versuchen die Volkshochschulen durch ein flächendeckendes Angebot sowohl in Großstädten, wo man in die Quartiere geht, als auch in ländlichen Bereichen, wo man versuchen muss, diese Fläche irgendwie mit Angeboten abzudecken. Teilweise sind das kleine Gruppen. Man kann nicht sagen, damit es sich rechnet, brauchen wir jetzt eine bestimmte Anzahl. Pädagogisch müssen es kleine Gruppen sein. Es muss möglich sein, damit es vor Ort stattfindet, mit kleinen Gruppen zu arbeiten, was die Sache aber sehr teuer macht; das muss man auch ganz klar sagen.

Es gibt einen Grundbildungsbedarf, der ja auch angesprochen war, nämlich Digitalisierung und Senioren. Wie erreichen wir Senioren? Ich glaube, dass das noch ein Feld ist, das entwickelt werden muss, was wir beginnen. Wir haben natürlich immer schon EDV-Kurse für Senioren gemacht, schon seit zig Jahren. Die bezogen sich aber meistens dann auf die Nutzung von Excel, von Betriebssystemen und Ähnlichem. Ich glaube aber, es entsteht im Moment ein riesiger neuer Bedarf, nämlich Umgang mit Apps mit Bezahlen. Dazu muss man Angebote machen: Wie kann ich mich sicher im Internet bewegen? Da sollten wir weiter Formate entwickeln, um auch älteren Menschen in den nächsten Jahren gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Sonst werden die nicht mehr bezahlen können. Die werden bestimmte Dienstleistungen nicht mehr abrufen können.

Das ist ähnlich wie bei der Grundbildung, Alphabetisierung oder auch bei Schulabschlüssen. Man muss die Leute motivieren und Hemmungen abbauen, und dazu bedarf es dann immer auch einer ausführlichen Beratung. Das ist im Alphabetisierungsbereich wichtig, im Schulabschlussbereich, aber auch für Ältere, dass man die ermutigt,

teilweise auch vielleicht in offenen Formen Bildung zu besuchen und sich die Kenntnisse und Fertigkeiten zu verschaffen, die ihnen fehlen und die aber letztlich für die Teilhabe total wichtig sein werden.

Dr. Dagmar Herbrecht (Ev. Erwachsenenbildungswerk Nordrhein): Ich möchte ergänzen: Zum Thema „digitale Grundbildung“ kann ich sagen, dass wir da ein sehr gelungenes Format entwickelt haben im evangelischen Bereich als Innovationsprojekt. Das fehlende Puzzlestück, die Toolbox ist abrufbar im Internet. Aber wir können sie auch nicht weiter verteilen, weil das Projekt zu Ende ist und die Mittel für den Nachdruck fehlen – wenn man es auf Papier haben will.

Angesprochen war das Ehrenamt im demografischen Wandel. Ich denke, dass wir sicher noch weitere Ehrenamtliche gewinnen können. Wir arbeiten viel mit Ehrenamtlichen in allen Bereichen der Grundbildung – ob es Lernpat*innen sind oder ob es Digitalpat*innen sind. Das funktioniert gut. Aber auch Ehrenamt braucht Qualifizierung. Für diese Qualifizierungsmaßnahmen sind natürlich auch Ressourcen notwendig. An den Strukturen, die schon da sind, anknüpfen und die weiter ausbauen: auf jeden Fall.

Angesprochen wurde auch: Wie erreichen wir die Älteren mit ihren Grundbildungsbedarfen? Das gelingt, indem wir das tun, was wir in den Stellungnahmen geschrieben haben: an die Lebenswelten anknüpfen. Fotos an die Enkelkinder schicken zu wollen, wäre ein Grundbildungsinteresse, auf das reagiert werden kann. Das kann aber auch sein: Meine Partnerin ist verstorben, ich habe die Steuererklärung noch nie gemacht. – Dann wäre da auch ein vitales Bildungsinteresse, das aufgegriffen werden kann.

Es wurde gefragt: Wie können wir die digitalen Angebote in der Alphabetisierung so weiterentwickeln, dass es keine digitale Hürde gibt? Oft fehlt Menschen, die sich grundbilden möchten und Leselern- und Schreiblernangebote wahrnehmen möchten, die notwendige Hardware. Da gibt es ein Smartphone. Bei vielen Lernplattformen braucht man einen 15-Zoll-Monitor; 10 Zoll würde gehen; 6 Zoll geht nicht. Das ist eine Ressourcenhürde. Die Programme werden ständig weiterentwickelt. Dabei ist auf Intuitivität zu achten, damit keine langen Anleitungen benötigt werden, beispielsweise zum Einloggen. Ich nenne nur die Zwei-Faktor-Authentifizierung, die ich schon als Hürde empfinde, die ich aber bewältigen kann. Ich sehe auch den Nutzen, aber trotzdem müsste es da einfachere Zugänge geben. Bei den Programmen besteht sicher Optimierungsbedarf; sich jedes konkret anzugucken, würde hier zu weit führen.

Grundsätzlich – das wurde aber auch schon gesagt – brauchen wir einfach gute Schnittstellen zwischen Sozialarbeit, Beratungsarbeit und Bildungsarbeit. Wenn die Schnittstellen funktionieren, dann funktioniert auch, dass die Angebote zur Grundbildung oder zur Bildung bekannt werden.

Helga Conzen (Landesarbeitsgemeinschaft für katholische Erwachsenen- und Familienbildung in NRW): Herr Vorsitzender! Verehrte Abgeordnete! Meine Damen und Herren! Ich beginne mal etwas unorthodox. Ich hatte das Vergnügen, am vergangenen Freitag in Jülich bei der Inbetriebnahme von JUPITER, dem schnellsten Rechner Europas, dabei sein zu dürfen. Es entzieht sich völlig meiner Vorstellungskraft, was dieses Ding leistet. Das sind Dimensionen, die nicht greifbar sind. Aber die

Menschen, die das dort am Forschungszentrum in Jülich gemeinsam mit der RWTH und vielen Kooperationspartnern geleistet haben, sind die, die mit Sicherheit eine sehr solide Grundbildung in allen Bereichen genossen haben. Deshalb erwähne ich dieses Beispiel hier. Wir sind eher – ich will nicht sagen: ganz am anderen Ende der Kette – relativ weit auf der anderen Seite.

Bildung ist Beziehung. Herr Tigges, Sie haben eben nach Zugängen gefragt. Zugänge funktionieren nur, wenn wir Beziehungen zu den Menschen aufbauen können. Das tun wir mit unseren Einrichtungen landauf, landab nicht nur in den Großstädten, sondern vor allen Dingen zumindest unsere katholischen Einrichtungen auch sehr viel im ländlichen Raum. Die Beziehungen gehen über Kirchengemeinden, über Kindergärten, über Schulen, über die Jugendämter und alles, was da ist. Wir arbeiten mit recht vielen zusammen und können so vernünftig und gut an den Anfängen anknüpfen und uns engagieren.

Wir arbeiten intergenerativ. Das wird immer mehr unser Ansatz, und ich glaube, dass das auch Sinn macht. Wir haben gerade finanziert durch das MKW – das läuft noch – ein Innovationsprojekt, Senioren beizubringen, wie sie mit ihren digitalen Endgeräten umgehen. Es haben sich so viele gemeldet, dass wir landauf, landab nicht alle zulassen konnten, weil dazu die Kapazität nicht reicht. Die, die teilgenommen haben, konnten einen Nachmittag kommen, aber eben auch nicht mehr. Das Projekt ist Ende des Jahres zu Ende. Das heißt, es wird nicht fortgeführt. Die Mittel sind dazu einfach nicht da.

Was brauchen wir? Das haben einige von Ihnen gefragt. Wir brauchen – das hören Sie immer wieder – eine solide Finanzierung, aber eben auch eine verlässliche Finanzierung. Wenn wir verlässlich immer da sein können, können wir auch diese Beziehungen, die notwendig sind, um Menschen zu erreichen, aufrechterhalten. Ich fange im Kindergarten an. Dort sind Eltern oft. Dort können wir sie abholen in den Familienzentren und gemeinsam arbeiten. Aber wir können das nicht heute tun, und nächsten Monat haben wir kein Geld mehr dafür und lassen es. So sind uns im Sommer die Mittel für "Elternstart" ausgegangen, weil sie – grob – um die Hälfte gekürzt worden sind. Die Arbeit schläft ein und wird nicht mehr weitergemacht. Was wir benötigen, um eine solide Grundbildung bei jungen Familien, aber auch bei Senioren machen zu können, ist eine hohe Verlässlichkeit.

Oliver Hein (Landesarbeitsgemeinschaft für eine andere Weiterbildung NRW): Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank für die Einladung. Ich kann mich in vielem meinen Vorrednerinnen und Vorrednern anschließen.

Gerade eine solide Finanzierung ist eine Notwendigkeit, um ein Angebot langfristig anbieten zu können, da wir eine Verlässlichkeit in den Einrichtungen brauchen.

Wenn ich auf die Zugänge schaue mit der Perspektive der anderen Weiterbildung: Wir haben Organisationen, die teilweise auch in einer Trägerschaft von migrantisch geprägten Organisationen sind. Wir haben Bildungswerke, die in Trägerschaft von eher kulturell geprägten Trägern sind. Dadurch ergeben sich Räume in soziokulturellen Zentren, in die Menschen kommen, die erst einmal andere Angebote aufsuchen.

Dadurch entstehen Beziehungen, und es ergeben sich Möglichkeiten für erste positive Bildungserfahrungen, an die man anknüpfen kann. Das sind Möglichkeiten, die wir ergänzend von den Einrichtungen in anderer Trägerschaft zu vielen Angeboten, die es gibt, nutzen können, um weitere Zielgruppen zu erreichen.

Aber diese Angebote, die von den Trägern jenseits der Weiterbildung gemacht werden – Angebote der Jugendarbeit, der Migrationsberatung oder Ähnliches –, haben unterschiedlich lange Förderlaufzeiten. Wir haben viel Projektarbeit. Gerade diese Schnittstellenarbeit, diese Angebote zu verzahnen, wird in der Regel nicht gefördert, ist jedoch immens wichtig, um die Menschen, die zu unterschiedlichen Angeboten kommen, überhaupt mit diesen weiteren Angeboten in Berührung zu bringen. Da ist eine Kontinuität einfach sehr wichtig.

Niklaas Hofmann (Landesarbeitsgemeinschaft für gewerkschaftliche Weiterbildung in NRW): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Herr Tigges, Sie haben nach den Zugängen zu dieser Gruppe gefragt, die Grundbildungsbedarfe hat. Für uns als Gewerkschaften sind die Zugänge in die Betriebe natürlich ein wichtiger Faktor für die eigene Organisation. Aber Betriebs- und Personalräte sind auch ein Mittel, das wir nutzen können, um Kolleginnen und Kollegen zu erkennen, die Grundbildungsbedarfe haben. Wenn wir einen nüchternen Blick darauf werfen: In ganzen Branchen – Reinigungsgewerbe, Gastronomie, zunehmend bei Dienstleistungen wie dem Öffentlichen Personennahverkehr – haben wir einen Großteil an Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund, die Bildungsbedarfe haben. Aufgrund verschiedener Faktoren kam es vielleicht zu Abbrüchen in der Bildungsbiografie. Darauf müssen wir als Gesellschaft reagieren. Das haben wir als Gewerkschaften im Blick.

So gibt es einzelne Angebote in Mitgliedsgewerkschaften, wo wir Betriebsratsqualifizierungsseminare mit Sprachkursen kombinieren. Das sind punktuelle Angebote – sicherlich keine flächendeckenden –, aber das sind Möglichkeiten, die prinzipiell bestehen. Es gibt auch Ansätze im Rahmen der gewerkschaftlichen Bildung, das zu kombinieren für Belegschaften. Gleichwohl stoßen wir da auch auf Organisationsprobleme, wo wir dringend die Unterstützung der schon angesprochenen Sozialpartnerschaft brauchen und auch das Netzwerk mit anderen Trägern wie Volkshochschulen.

Um es plastisch zu machen: Wenn Sie in einem größeren Gastronomiebetrieb sagen, Sie würden gerne die Qualität der Arbeitsbeziehung auch dadurch verbessern, dass die Kolleginnen und Kollegen, die nur rudimentär Deutsch sprechen, das Angebot eines Deutschkurses bekommen, die das aber nur im Rahmen ihrer Arbeitszeit machen können, weil sie danach beispielsweise durch Carearbeit gebunden sind und sich nicht einfach die Zeit nach der Arbeit nehmen können, ist man direkt in einem Interessenskonflikt mit dem Arbeitgeber, der vielleicht sagt: Wir haben einen hohen Krankenstand. Ich habe sowieso Schwierigkeiten, auf dem Arbeitsmarkt Personal zu gewinnen, und noch drei, vier Stellen unbesetzt. Wie soll ich jetzt noch den Deutschkurs anbieten? Ich würde den ja gerne anbieten. Das Geld ist gar nicht so das Problem. – Da stoßen wir auf reale Ressourcenkonflikte.

Frau Eisentraut, zum Thema „Ehrenamt“: Das ist, glaube ich, bei vielen unserer Organisationen jetzt schon eine zentrale Säule, dass sich Kolleginnen und Kollegen

ehrenamtlich in der Weiterbildung engagieren und das auch gerne machen mit einer hohen Motivation. Wir müssen aber zunehmend auf die Qualifikation der Menschen achten. Wir müssen schauen: Wie kriegen wir das richtige Matching hin? Denn je nach Zielgruppe, die wir beschrieben haben – ältere Menschen, behinderte Menschen, Menschen mit Migrationshintergrund –, sind die Anforderungen doch sehr verschieden. Die in der Regel kleinen Lerngruppen, die wir erzielen, haben einen sehr heterogenen Bedarf. Das ist im Lehr-Lern-Prozess nicht so einfach abzubilden. Dafür braucht es gut qualifiziertes Personal. Es braucht den Ressourceneinsatz, der hier schon beschrieben wurde, und es braucht Zeit.

Das ist, Frau Freimuth, auch ein Stück weit mein Blick auf die Frage: Wie können digitale Lernplattformen helfen? Ich teile die Frage der Zugangshürden, die schon beschrieben wurde – das ist sicherlich eine Thematik –, wobei mein Blick auch aus der eigenen Praxis ist: Letztlich ist nicht das Mittel, das ich nutze, das Zentrale, sondern wie ich den Lernprozess organisiere. Da gibt es große Chancen im Einsatz digitaler Mittel. Beispielsweise KI-Übersetzungstools können helfen. Man kann mehr auf Bild und Video setzen, um den Lernprozess anzuleiten. Aber das Zentrale ist immer der Mensch. Bildung braucht menschliche Beziehung. Deswegen wird es ganz ohne Personen, die den Lernprozess anleiten, nicht gehen.

Herr Beucker, Sie hatten gefragt: Wie sieht es mit dem Wiedereinstieg bzw. mit der Eingliederung von Menschen aus? Das IAB hat vor wenigen Wochen darauf hingewiesen, dass die Beschäftigtenquote der 2015 nach Deutschland Geflüchteten mittlerweile bei 64 % liegt. In der Gesamtbevölkerung sind es 70 %. Das heißt, einen Großteil dieser Menschen haben wir in Arbeit gebracht, aber einen Großteil auch in Geringqualifiziertenjobs. Wenn man an der Schwelle steht, genug Erwerbsarbeit zu haben, um nicht in die Armut abzurutschen, aber damit Zeitknappheit hat, ist es schwierig, sich in Weiterbildung zu engagieren. Das zusammenzubringen, ist eine zentrale Herausforderung. Das ist im Interesse der Gesamtgesellschaft: sowohl der Arbeitgeber- als auch der Arbeitnehmendenorganisationen als auch in dieser Netzwerkperspektive, in der Zusammenarbeit mit anderen Trägern, die dann Prozesse auch weiter begleiten können, beispielsweise die Volkshochschulen oder kirchliche Träger.

Mark Kleemann-Göhring (QUA-LiS NRW): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Vielen Dank für die Einladung. Sie hatten sich nach dem Gutachten des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung erkundigt. Zum Hintergrund: Das Alphanetz NRW – angesiedelt beim Landesverband der Volkshochschulen – wird mit Landesmitteln gefördert. Das Gutachten vom DIE ist auch vom Land NRW in Auftrag gegeben worden, um sich – das schließt ein bisschen an die Frage von Frau Eisentraut an – natürlich auch anzuschauen: In welche Richtung kann zukünftig die Reise gehen? Welche Aufgaben sind sinnvoll beim Alphanetz NRW verortet? Inwiefern knüpft das an die Möglichkeiten an, die § 13a bei der regionalen Vernetzung aufmacht?

Zu der Frage nach den 85 % bzw. den 15 %, die übrig bleiben: Die 85 % sind natürlich erst mal ein sehr hoher Zustimmungswert für die Relevanz, die das Alphanetz offensichtlich bei der Bereitstellung von Informationen und Ermöglichung von Vernetzung hat. Was bei den anderen 15 %, die da jetzt nicht in dem hohen Maße zugestimmt

haben, vorliegt, müsste man die tatsächlich fragen; das weiß man natürlich jetzt so nicht. Ich kann mir aber vorstellen: Es gibt viele Player in NRW, die in so hohem Maße professionalisiert sind, dass sie möglicherweise auch weniger auf die Unterstützung vom Alphanetz angewiesen sind, während andere sehr stark auf solche Unterstützungsstrukturen angewiesen sein werden.

Zu der Frage von Frau Eisentraut: Das zeichnet sich ja jetzt ein Stück weit ab, dass man da schauen muss, inwiefern diese 13a-Geschichten das verstetigen können, was im Prinzip der Gesetzgeber lange Zeit vorsichtig beim Alphanetz angesiedelt hat, das natürlich überfordert ist, überall vor Ort das regionale Spezialwissen zu haben. Wer soll da mit wem sinnvollerweise zusammenarbeiten? Wer sind die Ansprechpartner*innen in der Arbeitsverwaltung? Mit welchen Betrieben vor Ort kann man mit Blick auf arbeitsorientierte Grundbildung gut zusammenarbeiten? Da schafft der 13a natürlich enorme Möglichkeiten für die Detailarbeit vor Ort, die durch diese Möglichkeiten sehr gut verstetigt werden kann.

Die Aufgabe des Alphanetzes – so zeichnet es sich ab – ist dann eher, von oben eine zentrale koordinierende Rolle zu übernehmen, also allgemeine Informationen vorzuhalten. Ein Projekt, an dem wir als Supportstelle unterstützend mitbeteiligt sind, ist diese Neuauflegung dieser Basisqualifizierung für Kursleitende in der Alphabetisierung, wo man natürlich auch gucken muss: Welche Auswirkungen hat der Wandel, den wir hier alle beschrieben haben, auf das, was in solche Qualifizierungsmaßnahmen einbezogen werden sollte? Digitale Kompetenzen und KI sind ja schon angesprochen worden.

Man kann sich damit beschäftigen: Was bedeutet das eigentlich für funktionale Analphabetinnen, wenn man Text-to-Speech- und Speech-to-Text-Funktionen wahrnehmen kann? Das ist ja in höchstem Maße inklusiv. Man könnte sogar sagen, das macht möglicherweise die Weiterbildung überflüssig. Denn man kann jetzt ja plötzlich lesen und schreiben. Die KI macht das. Aber so einfach wird es natürlich nicht sein. Denn das, was die KI macht, muss man natürlich auch verstehen, und wir alle wissen, wie man dem auch regelmäßig auf den Leim geht, weil das, was die KI macht, ja auch nicht immer richtig ist. Ich will in den Diskurs gar nicht zu tief einsteigen; der wird an so vielen Stellen bereits geführt.

Das stellt die Weiterbildung aber auch vor neue Herausforderungen. Rein lerntheoretisch darauf geschaut: Wenn die Leute eine Handlungsproblematik haben, machen sie vielleicht eine Lernproblematik daraus und gehen in die Weiterbildung. Wenn die Leute die KI nutzen, dann fällt das möglicherweise weg, und sie merken gar nicht, dass sie eine Handlungsproblematik haben. Das sind Dinge, die man zumindest im Hinterkopf haben sollte. Was heißt das wieder mit Blick auf Zugänge, dass die Leute von sich aus erkennen, dass das Lernen bestimmter Grundkompetenzen einen Mehrwert für – das ist ein Begriff aus der Lerntheorie – mehr Weltverfügung verschafft? Das bedeutet, dass man sich nicht blind auf einen digitalen Assistenten verlässt, sondern sich in Lesen, Schreiben, Rechnen, finanzieller Grundbildung, Gesundheit kompetent macht, um in möglichst hohem Maße gesellschaftliche Teilhabe zu erlangen.

Prof. Dr. Silke Schreiber-Barsch (Universität Duisburg-Essen): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Landtagsabgeordnete! Vielen Dank für die Einladung und für die ausführliche Würdigung der Stellungnahmen.

Die FDP-Fraktion fragte nach den Übergängen für die Bildungsketten. Wie können diese stabilisiert und vereinfacht werden? Bei der Antwort darauf möchte ich die anderen aufgeworfenen Punkte mit aufgreifen. Vieles ist schon gesagt worden, aber ich versuche, auch noch darauf einzugehen.

Ich würde gerne die Antwort auf Ihre Frage in die aktuellen Dynamiken einbetten, die wir insgesamt sehen – auch im deutschen Bildungsbericht. Zu der wachsenden Heterogenität haben wir schon viel gehört.

Das betrifft die individuelle Ebene: persönliche Lebenslagen, Einwanderungsgeschichte, vulnerable Lebenslagen, im Kontext Behinderung beispielsweise.

Das betrifft auch die institutionelle Ebene. Auch dazu haben wir einiges gehört. Die Pluralisierung im institutionellen Angebot ist gut und charakteristisch für die Weiterbildung in NRW und deutschlandweit, setzt aber auch voraus, dass Adressat*innen das Angebot verstehen, Zugang haben, darüber informiert sind und auch sich selber überhaupt – das ist ein ganz wesentlicher Punkt – als Adressat*innen des Ganzen begreifen, also sich selber als angesprochene Personen wahrnehmen.

Das gilt auch auf systemischer Ebene. Die Unterschiedlichkeit in den Weiterbildungsstrukturen und Bildungssystemen zwischen den einzelnen Bundesländern ist eine Herausforderung, wenn ich Personen habe, die zwischen Bundesländern wechseln und sich neu orientieren müssen. Welche Maßnahmen gelten für mich eigentlich? Wer ist meine Ansprechperson bei welcher Behörde? Wo kann ich Unterstützungsmaßnahmen in Anspruch nehmen?

Die fortwirkenden sozialen Disparitäten haben wir nicht nur weiterhin beharrlich bei der Teilnahme an Weiterbildung, sondern auch bei der Teilnahme an Grundbildung und Alphabetisierung. Bildungsabschlüsse hängen mit sozialer Herkunft zusammen. Das Risiko durch formal geringqualifizierte Elternteile begleitet uns über die Bildungsketten hinweg weiterhin. Das wirkt auch sehr stark auf die Teilnahme an Alphabetisierung und Grundbildung.

Bei den Begrifflichkeiten würde ich gerne zwischen Zugang und Zugänglichkeit unterscheiden. Das ist meines Erachtens zentral. In vielen Bereichen gibt es einen menschenrechtsbasierten Zugang. Ich habe ein Recht auf Bildung. Aber die Krux liegt meistens in der Zugänglichkeit. Wie ist die Qualität des Zugangs? Wie ist der Grad von Zugänglichkeit, sodass Personen nicht nur angesprochen werden für Angebote von Alphabetisierung, Grundbildung und Weiterbildung, sondern tatsächlich auch in Angeboten sitzen? Das heißt, wir müssen ihnen gute Gründe liefern; das haben wir eben schon viel gehört.

Wir brauchen aber auch so etwas wie physische Zugänglichkeit. Wie komme ich überhaupt zum Veranstaltungsort hin? Das ist wesentlich für die Familien mit Kinderwagen genauso wie für Ältere mit Mobilitätseinschränkungen oder Personen mit einer grundsätzlichen Mobilitätseinschränkung.

Soziostrukturelle Zugänglichkeit: Wie sehen Teilnahmegebühren aus? Ist eine Assistenz kostenfrei? Muss ich die mittragen? Wie kann ich da eine Unterstützung für mich sehen, sodass ich dieses Angebot überhaupt wahrnehmen kann?

Ganz wichtig ist die symbolische Zugänglichkeit. Das hatte ich schon gesagt. Werde ich überhaupt als Adressat*in, als Teilnehmende, an diesen Orten gesehen? Es kann durchaus sein, dass ein Bildungsort für mich physisch um die Ecke ist, aber ich nicht hingehe, weil ich den Eindruck habe, ich werde dort eigentlich gar nicht gesehen. Das sehen wir immer wieder in der Beratung mit Einrichtungen, dass es auch wesentlich ist, darauf hinzuweisen, ob eine Einrichtung barrierefrei ist oder nicht. Das signalisiert Personen, die auf physische Barrierefreiheit angewiesen sind, wie es gemeint ist, wenn dort steht: Ein Angebot ist für alle.

Wir sprechen ja nicht über Pflichtschulbildung, sondern müssen Erwachsene motivieren und dafür interessieren, an unseren Angeboten teilzunehmen. Das gilt auch für ältere Personen, die vielleicht WhatsApp-Fotos verschicken möchten oder Onlinebanking machen möchten. Es gibt eine Notwendigkeit, mit Blick zum Beispiel auch auf finanzielle Grundbildung eine Vielfalt an Angeboten zu schaffen.

Abschließend möchte ich vier Punkte hervorheben.

Erstens. Wir brauchen – das ist wichtig – ein Sowohl-als-auch. Wir brauchen sowohl Präsenzveranstaltungen als auch digitale Angebote. Gerade ältere Personen brauchen auch soziale Interaktion. Es geht nicht um das reine Lernziel bei einem Angebot, sondern es geht auch um den Austausch mit anderen bei einem Termin in der Woche. Genauso wichtig sind aber auch digitale Angebote. Eine Kollegin von der Volkshochschule hat davon berichtet, wie sehr gut der Kurs für Beckenbodengymnastik als digitales Angebot läuft, weil man dann zum Beispiel den Nachwuchs nicht erst irgendwo hintragen muss, sondern das zu Hause machen kann. Das sind Erfahrungswerte, die wir sehen. Es braucht das Portfolio, es braucht die Diversität, es braucht das Sowohl-als-auch.

Zweitens. Das ist auch ganz wichtig. Das hatten wir eben auch schon gehört. Wenn ich nicht davon weiß, wenn ich mich nicht orientieren kann, wenn ich nicht navigieren kann im Übergangssystem, dann geht es für mich nicht weiter an diesen entscheidenden Schnittpunkten. Wir haben das in der Stellungnahme hervorgehoben. Wir empfehlen sozialräumliche Berichtssysteme, also dass es einen Überblick gibt, Informationen dazu gibt: Welche Träger, Akteure, Player, aber auch Selbsthilfeorganisationen, Expert*innen in eigener Sache, sind zu verschiedenen Themen als Ansprechpersonen im Bereich Alphabetisierung und Grundbildung überhaupt vorhanden? Das gilt für Beratungssituationen. Wir haben im Kinder- und Jugendhilfestärkungsgesetz das Instrument des Verfahrenslotsen bekommen, um eine Schnittstelle zu bilden zwischen Eltern, Personen mit Behinderung oder drohender Behinderung und Behörden, um eine Orientierung, eine Navigation zu haben: An wen muss ich mich wenden? Welches Sozialgesetzbuch greift denn jetzt eigentlich? Ist es Einwanderungsgeschichte? Ist es Behinderung? Wer ist jetzt eigentlich meine Ansprechperson? Das sozialräumliche Berichtssystem brauche ich multilingual und in Einfacher Sprache, sodass viele Zugriff haben.

Deutlich sind die nachhaltig ungleichheitsreduzierenden Effekte von individualisierten Beratungsprogrammen. Das kann so etwas wie ein Verfahrenslotse leisten, wird aber auch geleistet – das möchte ich hervorheben – durch die Einrichtungen der gemeinwohlorientierten Weiterbildung in NRW. Wir haben gerade eine Expertise zu inklusiver Familienbildung erstellt. Dort wird ganz deutlich, wie in diesen Gelegenheitsstrukturen im informellen Gesprächsbereich von Einrichtungen bei all den Dingen, die dort laufen, Beratung geleistet wird zu Eingliederungshilfe, zu Unterstützung bei der Teilnahme an Lernangeboten, die dort zum Beispiel multilingual unterstützt werden kann. Wenn eine Familie mit Einwanderungsgeschichte gar nicht weiß, was es überhaupt gibt, bietet so eine Einrichtung mit der Gelegenheitsstruktur die Möglichkeit, dort mit ihrem Anliegen wahrgenommen zu werden und weitergeleitet zu werden. Das heißt – drittens –, Netzwerkknoten und Netzwerkarbeit sind ganz wichtig, und das wird an vielen Stellen geleistet.

Letzter Punkt. All das gibt es nicht kostenlos: individualisierte Beratungsprogramme. Ich habe vielleicht kein Smartphone. Ich habe vielleicht gar keinen Zugang zum Internet. Vielleicht verstehe ich sprachlich gar nicht, was dort steht. Ich möchte dringlich darauf hinweisen: Die Bildungsausgaben im Weiterbildungsbereich sind im Vergleich zum Schulbereich nur ein Bruchteil. Die Förderlinien, die wir haben, die sehr wichtig sind, von denen wir ja auch gehört haben, können die strukturbildenden Maßnahmen auf rechtlicher Grundlage einfach nicht ersetzen.

Frau Rösener hat das schon hervorgehoben: Wir sind hier nicht in dem komfortablen Bereich von Führungskräfteweiterbildung, wo wir gute Teilnahmegebühren verlangen können, sondern wir sind hier in den Mühen der Niederungen bei Alphabetisierung und Grundbildung unterwegs, wo wir Gelder brauchen, um diese unterschiedlichen Komponenten von Zugänglichkeit leisten zu können, Personen, Ansprechpersonen, konkrete physische Personen haben zu können und weiter ein Portfolio anbieten zu können.

Dr. Thorsten Eggers (Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege NRW): Vielen Dank für die Einladung und für die gestellten Fragen. Ich kann mich meinen Vorredner*innen in allen Punkten ziemlich anschließen und würde das gerne ergänzen durch einen Blick auf die Zugänge bezüglich der Frage, die Herr Tigges am Anfang gestellt hat. Als konkretes Beispiel will ich einen Alphabetisierungskurs für Frauen in Moers in einem Nachbarschaftshaus nennen, wo es ein begleitendes Angebot für Kinder gibt, damit die Mütter von der Carearbeit entlastet werden können und daran teilnehmen können. Dieses Angebot wird durchgeführt von einem Weiterbildungsträger in Kooperation mit einer Organisation, die dieses Nachbarschaftshaus auch trägt. Ähnliche Angebote gibt es zum Beispiel auch in Remscheid, in Bonn, in Recklinghausen und im Hochsauerlandkreis. Ein anderes Beispiel ist ein Sprach-, Schreib- und Spielcafé von einer Familienbildungsstätte in Wattenscheid und in Unna. Das sind konkrete Beispiele von Angeboten, die verdeutlichen, dass Vertrauens- und Beziehungsarbeit nicht erst dann anfangen können, wenn es um Grundbildung geht, wenn die Angebote geplant oder beworben werden sollen. Das ist ein ganz wichtiger Faktor. Das wurde schon genannt mit den Begriffen „Verlässlichkeit“ und „Finanzierung“.

Diese Möglichkeiten, diese Kooperationen und Vernetzungen überhaupt durchzuführen, sind daran geknüpft, dass es diese Infrastruktur der anderen Einrichtungen gibt. Das sind Familienzentren, Familiengrundschulzentren, Stadtteilzentren. Es waren auch Interkulturelle Zentren. „Es waren“ macht deutlich, dass das geknüpft ist auch an Bewegungen in anderen Arbeitsfeldern, die zum Beispiel dieses Jahr von Kürzungen und Streichungen von Mitteln betroffen sind.

Mein Appell ist deswegen, die Grundbildungs- und Alphabetisierungsangebote nicht isoliert und versäult zu denken – ich muss kooperieren, damit ich Zugänge habe –, sondern auch in der zeitlichen Dimension. Wenn Infrastruktur an anderen Orten vielleicht nicht nur aufwächst, sondern aufgrund bestimmter Entwicklungen auch schrumpft, hat das zur Konsequenz, dass ich auch Alphabetisierungs- und Grundbildungsangebote in Kooperation nicht unbedingt weiter ausbauen kann. Dieser Faktor muss, glaube ich, auch verstärkt noch Einzug halten in die gesamte Planung und auch in Diskussionen über Finanzierung.

Florian Kotscha (Arbeitskreis der Bildungsstätten und Akademien [Heimvolkshochschulen] in NRW): Sehr geehrter Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Vielen Dank für die Einladung. Es ist jetzt schon vieles gesagt worden; ich kann mich dem anschließen. Ich bemühe mich jetzt, an der einen oder anderen Stelle noch etwas ins Konkrete zu gehen.

Stichwort „Zugänglichkeit“: Da finde ich auch die alltagsbezogene Arbeit sehr wichtig, also an konkreten Beispielen und Alltagsproblemen eine Bildungskette zu eröffnen, beispielsweise aus dem Bereich politische Grundbildung kommunalpolitische Themen zu besprechen. Was liegt den Leuten am Herzen? Was ist im Stadtteil, im Quartier gerade Thema? Dann kann man zusammen an Lösungen arbeiten und ein bisschen nebenbei das politische System erklären – zumindest schon mal auf kommunalpolitischer Ebene. Das wäre ein Beispiel. Angesprochen wurde auch Digitalisierung im Alter. WhatsApp mit Enkelkindern wäre dann ein Anknüpfungspunkt, um grundlegende digitale Kompetenzen vermitteln zu können. Diese Beziehungsarbeit beginnt damit, an Alltagsprobleme anzuknüpfen und davon ausgehend Bildungsketten zu eröffnen.

Weitergehend finde ich es wichtig, dass, wenn einmal eine stabile Beziehung aufgebaut worden ist, auch Zeit und Raum da ist, um gewisse Dinge reflektieren zu können, um vor Ort in einem Bildungshaus beispielsweise vertieft mit Themen arbeiten zu können. Bei der Akquise, wie gesagt, gibt es auch andere Zugänge. Aufsuchende Arbeit ist erwähnt worden. Aber wir müssen da die ganze Bildungskette in den Blick nehmen.

Dann gab es noch die Frage: Wie können digitale Angebote für Grundbildungsmaßnahmen genutzt werden? Da finde ich es wichtig, das Ganze zusammen mit analogen Angeboten zu denken, beispielsweise mit Blended-Learning-Formaten. Ich kenne aus der eigenen Praxis sehr viele gute Beispiele, dass mithilfe von Lernplattformen zum Beispiel Sprachangebote durchgeführt worden sind, bei denen es einen Präsenzteil gibt oder auch einen Präsenz- und einen gleichzeitig stattfindenden Onlineteil und im Onlineteil dann auch binnendifferenziert werden kann beispielsweise. Das ist, denke ich, ein guter Weg, beides zusammenzudenken.

Soweit von meiner Seite. Ich möchte nicht alles wiederholen, was schon angesprochen worden ist. Da war schon sehr vieles dabei, was ich mir auch notiert hatte.

Raphael Tigges (CDU): Herzlichen Dank für die Beantwortung der Fragen der ersten Runde. Meine erste Nachfrage richte ich an Herrn Kotscha. Die bezieht sich auf die Bildungshäuser. Welche Rolle spielen die? Sie haben in Ihrer Stellungnahme darauf hingewiesen, dass Sie über flexible Praxisprojekte verfügen, die Angebote schaffen. Wir haben gerade gehört, dass die aufsuchende Arbeit und die Arbeit direkt vor Ort mit den Menschen eine besondere Rolle spielen. Das ist eine gewisse Diskrepanz. Das Bildungshaus ist statisch verortet. Welche besonderen Herausforderungen haben Sie als Bildungshaus? Was macht Sie zuversichtlich, Menschen in Ihre Häuser zu bekommen versus aufsuchende Arbeit? Können Sie das herausarbeiten?

Dann habe ich eine Frage an Herrn Hofmann. Sie regen in Ihrer Stellungnahme an, Lernende zu bezahlen, zu entlohnen, zu honorieren. Jetzt haben wir die verschiedenen finanziellen Problematiken ja auch schon diskutiert. Halten Sie das für zielführend, da gezielter finanziell zu unterstützen? Wenn ja, warum eigentlich? Wir haben ja schon viele Angebote, die irgendwie auch abgedeckt werden. Vielleicht können Sie ausformulieren, was Sie damit konkret meinen.

Last, but not least habe ich eine Frage an Frau Professor Schreiber-Barsch. Ich unterstelle, dass die universitäre Seite eine gewisse Vernetzung mit unseren europäischen Nachbarn hat und Sie mit Kolleginnen und Kollegen im Austausch stehen. Gibt es aus Ihrer Sicht hilfreiche Ideen und Ansätze, wie das europäische Ausland mit solchen Problematiken umgeht? Wir haben sehr die Sicht auf die Bundesländer und auf die Struktur bei uns in Deutschland. Andere europäische Länder haben mit den gleichen Situationen zu kämpfen und versuchen auch, Menschen grundzubilden. Gibt es da vielleicht ein, zwei konkrete Beispiele, von denen Sie sagen, davon könnten wir uns was abschauen?

Carolin Kirsch (SPD): Vielen Dank schon mal für die sehr umfangreichen Antworten. Ich habe noch einige Nachfragen.

Meine erste Frage richtet sich insbesondere an die Weiterbildungsträger. Können Sie konkretisieren, was aus Ihrer Sicht mit Blick auf das Weiterbildungsgesetz NRW verbessert werden könnte bezogen auf die Fragen: Welche Formate bieten wir an? Wie finanzieren wir bestimmte Angebote und Formate? Das bezieht sich aber auch auf den großen Aspekt der Qualifizierung und Fortbildung.

Da komme ich auch noch auf einen zweiten Aspekt. Wir haben eben schon kurz über das Thema gesprochen: Qualifizierung von Ehrenamtlern, die in diesem Bereich tätig sind. Mich interessiert: Gibt es systematische Angebote – die gibt es wahrscheinlich, aber vielleicht können Sie das noch erläutern – für die Akteure? Damit meine ich nicht die Ehrenamtler, sondern wir reden ja darüber, dass wir überhaupt erstmal Menschen identifizieren müssen, ihnen im Grunde klarmachen müssen, dass sie möglicherweise Defizite haben. Manche wissen das ja gar nicht selber. Da geht es um eine ganz breite Palette an Akteuren. Stichworte sind schon gefallen. Dazu gehören das Jobcenter, die Arbeitsstätte und andere soziale Strukturen, das Familienzentrum, die Schule, die Kita.

Dort wird erkannt, jemand hat ein Defizit. Die Frage ist: Welche Angebote gibt es da? Was würden Sie empfehlen, inwieweit wir das ausbauen müssen?

Dann habe ich noch eine Frage, bei der es eher um den bundesweiten Kontext geht. Herr Hofmann hat in seiner Stellungnahme erläutert, dass sich das Land NRW für eine bundesweite Grundbildungsstrategie starkmachen soll. Die AlphaDekade, die die Bundesregierung ausgerufen hat, geht langsam dem Ende zu. Auch das hatten wir natürlich ein bisschen im Blick bei diesem Termin. Da würde mich von Ihnen – aber auch gerne von den anderen Trägern und aus der Wissenschaft – interessieren: Was ist die Zwischenbilanz? Wo sagen Sie, da hat sich wirklich vieles getan? Haben bestimmte Maßnahmen vielleicht nicht gegriffen? Wo müsste man in eine andere Methodik und Aufmerksamkeit gehen? Was müssen wir konkret als Land NRW noch tun, um Maßnahmen durch den Bund zu unterstützen?

Julia Eisentraut (GRÜNE): Vielen Dank für die ausführliche Beantwortung der Fragen. Ich würde gerne mit einer Frage nachfassen. Mir ging es weniger um die ehrenamtliche Einbindung, sondern um die Frage: Wie werden wir dem demografischen Wandel wirklich gerecht, wenn jetzt die Babyboomer in Rente gehen mit einem neuen Grundbildungsbedürfnis? Sie sind nicht mehr so erreichbar über den Arbeitgeber, der ja für viele ein wichtiger Punkt ist, um niederschwellige Erreichbarkeit sicherzustellen. Wir haben eine sehr große Generation, die andere Bedürfnisse hat, die in Rente geht.

Gleichzeitig gehen auch in der Weiterbildung viele in die Rente. Wir hatten vor zwei Jahren hier das Thema „Fachkräftesicherung in der Weiterbildung“. Das heißt, auch auf die Weiterbildung kommt ein großes demografisches Problem zu. Ich präzisiere die Frage: Wie bekommen wir Grundbildung hin, wenn wir den demografischen Wandel so vor uns haben, wie das jetzt der Fall ist? Welche Weichen müssen wir anders stellen? Wo können wir aufgrund fehlender personeller Ressourcen Dinge nicht so fortführen, wie sie jetzt sind? Qualifizierung braucht Personal. Wenn wir das Personal nicht mehr haben, wird es irgendwann schwierig. Meine Frage ist: Was macht der demografische Wandel mit der Grundbildung?

Ich würde dann gerne noch bei den lokalen Netzwerken nachhaken. Sie hatten angesprochen, dass man vor Ort das beste Wissen darüber hat, mit wem man vielleicht kooperieren kann, und dass vor Ort die Strukturen ganz unterschiedlich sind je nachdem, ob man in der Stadt oder auf dem Land lebt und wie die Kommunen ausgestattet sind. Welche Handhabe hätten wir von Landesebene, diesen Prozess auf kommunaler Ebene zu unterstützen? Braucht es einen Anreiz zu den sozialräumlichen Berichten, die Sie angesprochen haben? Wie können wir diese lokale Bildungsnetzwerkarbeit in den Rahmenbedingungen stärken?

Die dritte Frage: Grundbildung ist ein sehr vielfältiges Thema. Neben Lesen, Schreiben und Rechnen umfasst das Gesundheitsbildung, die Frage nach Erziehung, die Frage nach politischer Teilhabe. Wir erleben ja gerade in all diesen Fragestellungen sehr große Umbrüche und auch eine Erosion von Vertrauen in Bildungseinrichtungen, in Wissenschaft. Wie muss sich Grundbildung in den nächsten Jahren aufstellen, um dieses Vertrauen in Wissenschaft und Bildungsinstitutionen wiederherzustellen? Oder nehmen Sie wahr, dass das bei Ihrer Arbeit gar nicht so die Fragestellung ist?

Vertrauen die Menschen auf die Informationen, die sie bei Ihnen erhalten, beispielsweise in Gesundheitsfragen? Das kann auch andere Themenstellungen als Gesundheit betreffen. Gesundheit ist nur das bekannteste Beispiel. Bei der Coronapandemie haben wir ja die Impfskepsis gesehen.

Angela Freimuth (FDP): Vielen Dank für die Anregungen aus der ersten Runde. Die Frage nach den konkreten Vorschlägen und Ansätzen für das Weiterbildungsgesetz hat Kollegin Kirsch ja schon gestellt. Insofern darf ich mich auf andere Aspekte beziehen.

In der Stellungnahme der Volkshochschulen Nordrhein-Westfalen wird vorgeschlagen, die Bildungsberatung stärker trägerübergreifend zu organisieren. Hier stellt sich mir die Frage, wie das strukturell verankert werden soll, damit Lernende nicht zwischen den Systemen verlorengehen. Vielleicht können Sie dazu noch etwas ergänzen.

Der Lehrermangel auch im Zweiten Bildungsweg wird insbesondere von den Volkshochschulen in der Stellungnahme betont. Welche konkreten Vorschläge haben Sie, wie wir als Landesgesetzgeber da unterstützen können?

Die dritte Frage richtet sich an Herrn Kotscha. Sie sprechen davon, dass die Zertifizierung kleiner Lernfortschritte schon sinnvoll wäre. Was für Anerkennungsmechanismen könnten wir als Land Nordrhein-Westfalen dafür konkret schaffen?

Dr. Hartmut Beucker (AfD): Meine Frage richte ich an den Gesprächskreis und hoffe auf eine Antwort. Teile der Einwanderungsgesellschaft weisen ja mehr oder weniger stark patriarchalisch geprägte Lebensweisen auf. Wie kann gesichert werden, dass die Grundbildung in dieser Hinsicht an den weiblichen Adressaten vorbeigeht?

Meine nächste Frage richtet sich an Frau Professorin Dr. Schreiber-Barsch. Sie schreiben auf Seite 2 unten in Ihrer Stellungnahme, Übergänge in den Bildungsketten seien anfällig für gesetzliche und institutionelle Öffnungs- und Schließungsmechanismen auch mit Blick auf Erwerb und Entfaltung von Grundbildung. Könnten Sie das etwas näher ausführen?

Die letzte Frage geht an Herrn Hofmann. Auf Seite 3 Ihrer Stellungnahme erwähnen Sie Betriebsräteschulungen in mehreren Sprachen und verstärkt in mündlich übermittelter Form. Ist das nicht kontraproduktiv, weil es dieses Defizit in gewisser Hinsicht verstetigt und den Drang, etwas zu ändern, nicht verstärkt? Wie gehen Sie mit dem Spannungsfeld um?

Antje Rösener (Gesprächskreis für Landesorganisationen der Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen): Ich nenne ein Beispiel. Wir haben in Dortmund nachholende Schulabschlüsse. Die Kinder können parallel betreut werden in dem evangelischen Netzwerk. Das sind hochmotivierte Lernkurse. Vor den Sommerferien werden immer Fragen gestellt, ob es in den sechs Wochen kein anderes Angebot gibt. Wir haben Lerngruppen mit multiplen Bedarfen und Herausforderungen, aber auch mit ungeheuer großer Motivation. Das ist unsere Erfahrung. Die Menschen wissen, das ist ihre Chance, in dieser Gesellschaft sich und die Familie zu festigen. Die Motivation ist so groß, dass dafür viel in Kauf genommen wird.

Frau Eisentraut, Thema „demografischer Wandel“: Vor zwei Jahren haben wir auch intensiv darüber nachgedacht. Natürlich muss immer wieder neu überlegt werden, wie wir das schaffen. Aber die Boomer können ja auch Ehrenamtler werden mit ihren Qualifikationen. Aladin El-Mafaalani hat dazu geforscht, dass es auch dringend notwendig ist, um diese Gesellschaft zusammenzuhalten, dass die Boomer ihren Ruhestand nicht auf dem Sofa verbringen. Dazu hat er in letzter Zeit sehr eindrückliche Vorträge gehalten. Insofern sind sie ein Teil des Problems, aber auch vielleicht ein Teil der Lösung.

Ansonsten würde ich diese Frage auch ein bisschen an die Politik zurückspielen. Wir haben ja derzeit auch eine Stimmung, die Zugewanderte gerne für jedes Problem in dieser Gesellschaft verantwortlich macht und keinen Tag auslässt, um auf dem Sozialstaat in der Form, wie wir ihn haben, herumzutreten. Mehr als 60 % der Bevölkerung – auch der CDU-Wähler – sind dafür, dass die Reichen stärker besteuert werden und ihren Beitrag zur Lösung der Probleme leisten. Da würde ich den Ball gerne an die Politik zurückspielen: Gehen Sie vorsichtig mit unserem Sozialstaat um! Gehen Sie vorsichtig damit um, die genannten Gruppen zum Problem unserer Gesellschaft zu machen! Sie sind auch ein Teil der Lösung. Sie sind nicht nur das Problem, sie sind ein Teil der Lösung, die wir dringend brauchen. Andere Menschen haben wir nun mal nicht, und die werden wir auch so schnell ja nicht ins Land lassen. Von daher: Den Ball möchte ich zurückgeben.

Frau Kirsch, Sie fragten: Was brauchen wir in Bezug auf das Weiterbildungsgesetz? Wir brauchen einfach andere Laufzeiten bei den Innovationsmitteln: drei bis fünf Jahre. Alles andere ist ein Strohfeuer im Bereich der Grundbildung. Wenn wir mit halbwegs Perspektive Erfolge auch festigen und in die Fläche bringen wollen, brauchen wir Laufzeiten für die Innovationsmittel von drei bis fünf Jahren.

Celia Sokolowsky (Gesprächskreis für Landesorganisationen der Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen): Frau Freimuth, ich habe eben verpasst, auf Ihre spezifischen Fragen genauer zu antworten. Aber Ihre Rückfrage gibt mir Gelegenheit, darauf noch kurz einzugehen. Sie haben jetzt gefragt nach der Beratung, die trägerübergreifend organisiert werden muss. Ich würde darüber hinausgehen: nicht nur dieses. Wir müssen auch angebotsübergreifend denken. Wir müssen in der Grundbildung in Bildungsketten denken und die Verzahnung von Beratung, Lernangeboten, Lerngelegenheiten, die Kooperation mit den verschiedenen involvierten Instanzen, aber auch möglichen oder schon jetzigen Arbeitgebern und Schulen gut denken und das Ganze auch mit einer sozialpädagogischen Begleitung vernetzt denken. Das heißt, wenn wir über die Chancen von Bildungsketten sprechen, dann beginnen die irgendwo in der Grundbildung – vielleicht auch im Deutschkurs –, führen aber möglicherweise dann auch über den Schulabschluss in die berufliche Qualifizierung und die berufliche Weiterbildung.

Wir halten es für notwendig, das mit einer dichten Kooperation und lokalen gut bekannten Netzwerken zu machen. Auch fortlaufende Beratung, die trägerübergreifend denkt und auch abgeben kann, aber auch sozialpädagogische Begleitung, die kontinuierlich dabei ist, sind unserer Meinung nach starke Erfolgsfaktoren, die dafür sorgen, dass Menschen im System nicht verlorengehen und motiviert bleiben.

Was könnte darüber hinaus noch geschaffen werden? Sinnvoll und in hohem Maße motivierend ist natürlich, wenn Grundbildungsangebote und -gelegenheiten in einkommensschaffende oder anreizgebende Maßnahmen eingebettet werden und wenn sie mit Betrieben abgestimmt in Freistellung von der existierenden Beschäftigung wahrgenommen werden können. Praktika, die im Regelschulsystem erfolgreich verankert sind – Stichwort „KAoA“ –, könnten auch in den Zweiten Bildungsweg systematisch eingeflochten werden. Das jüngst eingeführte Übergangscoaching für junge Menschen im Übergang Schule-Beruf könnte nicht nur für die Regelschulen angewandt werden, sondern auch für die Menschen, die den Weg in den Zweiten Bildungsweg bereits gefunden haben. Das sind in NRW jedes Jahr einige Tausend.

Wir wissen auch aus hochgerechneten Zahlen, dass ungefähr 10.000 Menschen pro Jahr in NRW die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen. Die OECD hat festgestellt – auch für Deutschland –, dass 16 % der jungen Erwachsenen zwischen 20 und 34 Jahren ohne Berufsausbildung und ohne höheren Schulabschluss dastehen. Ein Weg, diese Menschen für das Nachholen von Schulabschlüssen zu erreichen, sind solche Beratungen.

Es geht auch darum, diesen Zweiten Bildungsweg verlässlich zu finanzieren. Die Mittel für den Zweiten Bildungsweg sind mit der Novellierung des Weiterbildungsgesetzes aufgewachsen. Das ist sehr gut, was da passiert ist. Die sind mehr als verdoppelt worden. Aber diese Mittel sind nicht dynamisiert, und die Mittel sind in jedem Jahr weniger wert. Das ist nicht nur in Bezug auf den Haushalt 2026, sondern grundsätzlich so.

Die Kommunen haben hier sehr hohe Ausgaben. Deshalb ist es sehr wichtig, dass das Land als Partner in der Finanzierung der Grundbildung und des Zweiten Bildungsweges seiner Verpflichtung nachkommt und nicht einseitig das Signal gibt, sich daraus zurückzuziehen.

Herr Mittelstedt sagt sicherlich gleich noch etwas zu dem Thema „Lehrkräfte im ZBW“, was auch ein demografisches Problem ist, aber auch ein systematisches.

Ich will noch kurz auf die Nachfrage von Frau Kirsch zum Thema „Fortbildung und systematische Angebote“ eingehen. Vom Alphanetz, dem Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung und anderen Playern, die auch im Alphanetz verbunden sind, gibt es sowohl Qualifizierungen für pädagogisches Personal als auch sogenannte Sensibilisierungsschulungen, die sich an das potenziell wissende Umfeld von gering Literalisierten wenden und dazu beitragen sollen, dass es überhaupt ein Bewusstsein für dieses Thema gibt, dass eine feinfühlige Ansprache stattfinden kann, die nicht diskriminierend und belehrend wirkt, sondern Menschen da abholen kann, wo ihre Bildungsbedarfe sind, und sie motivieren kann, wieder in das Lernen einzusteigen.

Ein letzter Punkt: Bildung ist immer auch Empowerment. Das gilt nicht nur für Frauen, sondern für alle Menschen. KI bietet viele Chancen, die von den Weiterbildungseinrichtungen noch gar nicht ausreichend erkundet sind. Aber KI oder digitale Assistenzsysteme sind nur dann eine Hilfe beim Lernen, wenn man damit umgehen kann. Dafür braucht es wiederum Bildung. Es braucht Urteilsfähigkeit. Es braucht Kompetenz, mit diesen Tools, den vielen Programmen und den tollen Möglichkeiten, die es gibt, umzugehen. Das ist ein eigenständiger Bildungsauftrag, der sich nicht nur auf Menschen

mit einem formal niedrigen Bildungsabschluss richten sollte. Auch da gibt es wichtige Kooperationen und ein Feld von Aufgaben, das wir alle noch nicht erkundet haben, das genauso dynamisch ist wie die technologische Entwicklung selbst.

Dr. Stefan Mittelstedt (Landesverband der Volkshochschulen von NRW): Frau Sokolowsky hat schon darauf hingewiesen, dass ich zum Zweiten Bildungsweg noch Stellung nehme. Wir hatten hier im letzten oder vorletzten Jahr über Fachkräftegewinnung in der Weiterbildung gesprochen. In der Tat ist das natürlich ein Riesenproblem. Man muss ganz ehrlich sagen, gerade im Zweiten Bildungsweg, aber auch bei den Dozenten in den Deutschkursen stehen wir in Konkurrenz zum Regelschulsystem. Immer mehr Lehrkräfte wandern ab. Das heißt, wenn wir die halten wollen, ist das Erste schon mal, dass man zumindest gleiche finanziell gute Rahmenbedingungen für unsere Lehrkräfte schaffen muss, wie sie im Regelschulsystem angeboten werden.

Frau Sokolowsky hat ja schon darauf hingewiesen. Die Mittel für die Schulabschlüsse sind gestiegen. Darüber sind wir sehr froh gewesen. Das hat auch Möglichkeiten gegeben, in der Fläche mehr anzubieten. Aber jetzt ist es natürlich so, dass wir mehr zahlen müssen für die Lehrkräfte, aber die Landesmittel nicht dynamisiert sind, also auch nicht steigen, sodass im Grunde genommen auf die Träger, die Kommunen bei uns, mehr finanzielle Last zukommt. Ich weiß, dass die Finanzen überall knapp sind, aber das ist eben ein Problem. Wir müssen unsere Träger gewinnen, das mitzutragen. Das gilt auch bei Alphabetisierungskursen. Das sind Angebote, die nicht durch Teilnehmergebühren finanziert werden können, sondern die ausschließlich aus Landes- oder Trägermitteln finanziert werden müssen.

Ich habe das mal durchgerechnet. Ein Abend mit einem Alphabetisierungskurs mit vier Unterrichtsstunden kostet bei einem Dozenten, der 25 Euro für eine Unterrichtsstunde bekommt, 100 Euro. Wenn der Kurs dreimal in der Woche stattfinden soll über 40 Wochen, sind Sie bei 12.000 Euro für einen Kurs für sechs Teilnehmende. Machen Sie mal zehn Kurse. Dann haben Sie 60 Leute erreicht. Dann sind Sie bei 120.000 Euro. Diese Summen muss man sich klarmachen. Das ist eine Menge. Das muss letztlich, wenn wir es ausweiten, dann durch den Träger finanziert werden. Das ist auch in den Kommunen im Moment schwierig, solche Mittel dafür bereitzustellen.

Ich möchte noch an etwas anderes anschließen – das habe ich, glaube ich, schon mehrfach in dieser Runde gesagt –: Es gäbe ja eine Möglichkeit, durch bessere interministerielle Zusammenarbeit kostengünstig oder vielleicht sogar kostenlos die Situation der Lehrkräfte zu verbessern. Ich denke daran, zum Beispiel die Fortbildungen, die es im Regelschulsystem gibt, für unsere Kollegen im Zweiten Bildungsweg zu öffnen. Das betrifft im Grunde genommen diese Zusammenarbeit, die sicherlich schwierig ist. Ich glaube, das MKW hat sich darum auch bemüht. Aber es wäre sicherlich auch gut, wenn das aus der Politik noch mal unterstützt würde. Das betrifft also Fortbildungen von Lehrern, aber auch Informationszugänge, die allgemeinbildende Schulen haben, die uns fehlen, die man dann gemeinsam nutzen könnte. Das würde betreffen Rahmenverträge für irgendwelche Lizenzen. Da gibt es eine ganze Reihe von Dingen.

Das Gleiche wäre es mit dem Arbeitsministerium. Es gibt eine Volkshochschule, die den Schulabschluss mit einer Berufsausbildung kombiniert. Das sind tolle Modelle. Da wäre es auch wünschenswert, zu gucken: Wie können wir da mit dem Ministerium für Arbeit zusammen agieren?

Das wäre einfach noch mal ein Appell an die Politik. Ich habe das hier schon mehrfach geäußert, und es ist bisher leider noch nichts passiert. Das wäre jetzt eine Sache, wo es nicht nur um eine bessere finanzielle Ausstattung ginge, sondern um die Eröffnung von Möglichkeiten, die eigentlich da sind. Das würde ich mir wünschen, dass Sie das mit unterstützen würden und mitnehmen würden. Mir ist klar, das ist nicht unbedingt eine Aufgabe des Wissenschaftsausschusses, aber vielleicht kann man das trotzdem transportieren.

Dr. Dagmar Herbrecht (Ev. Erwachsenenbildungswerk Nordrhein): Von mir auch herzlichen Dank für die Fragen. Ich möchte kurz auf die Frage eingehen, welche Verbesserungen im Weiterbildungsgesetz noch möglich sind. Das ist schwierig, denn das Weiterbildungsgesetz ist ein gutes Gesetz. Möglich wäre, noch mal auf die Themen der Qualifizierungen und Fortbildungen zu gucken, insbesondere von Dozent*innen und Kursleitungen. Da wäre die Entwicklungspauschale durchaus ein Instrument, wo man über die Nutzung noch mal nachdenken könnte.

Nichts Neues ist, was das Weiterbildungsgesetz angeht, dass wir gerne die Dynamisierung im Gesetz gehabt hätten. Die haben wir nicht. Sie ist trotzdem wichtig und notwendig – gerade um die steigenden Kosten aufzufangen.

Dann hatten wir noch die Frage nach der Fachkräftesicherung. Da haben wir ja zwei Punkte, und zwar einmal im Bereich der HPM, also der angestellten pädagogisch Mitarbeitenden. Ich glaube, dass wir da noch auf einem guten Weg sind, weil wir attraktive Arbeitsplätze mit attraktiven geforderten Arbeiten anbieten können. Aber natürlich muss auch da letztlich die Finanzierung – also Entgeltgruppen – stimmen, um attraktiv zu sein.

Schwieriger ist es im Bereich der Honorarkräfte. Darüber hatten wir auch schon gesprochen, als das WbG novelliert wurde. Das, was an Honoraren gezahlt werden kann, ist in Teilen prekär. Die aktuelle Entwicklung im Bereich der Sozialversicherungen ist natürlich auch schwierig. Wir haben jetzt eine Übergangslösung, dass Honorarkräfte erklären können, selbstständig sein zu wollen. Aber das ist ein schwieriges Kapitel, weil da natürlich im Zweifel Kosten am Horizont sind, die die Weiterbildung überhaupt gar nicht stemmen kann und die dann auch das freiberufliche Arbeiten für uns unattraktiv machen. Und wenn das freiberufliche Arbeiten für uns unattraktiv ist, dann können wir keine Angebote mehr machen.

Helga Conzen (Landesarbeitsgemeinschaft für katholische Erwachsenen- und Familienbildung in NRW): Ich möchte auf die Frage des Vorsitzenden eingehen und hoffe, dass ich die falsch verstanden habe. Sie haben gefragt, wie wir in einer patriarchalischen Gesellschaft sicherstellen, dass die Bildungsarbeit an Frauen vorbeigeht. Ich hoffe, Sie haben das anders gemeint. Da kann ich auch wieder nur antworten: Wir machen das mit Beziehungen, mit aufsuchender Arbeit. Wir knüpfen Beziehungen

gerade auch zu dieser Zielgruppe. Wenn das Vertrauen einmal da ist, kommen die auch in unsere Bildungsarbeit. Aufsuchende Arbeit und feste Bildungshäuser – Herr Tigges, das hatten Sie eben angesprochen – schließen sich nicht aus, sondern befruchten sich gegenseitig. Wir können nicht alles in der Fläche anbieten, aber wenn wir die Beziehungen haben durch die aufsuchende Arbeit, kommen die Menschen auch in unsere Häuser.

Ich möchte das verstärken, was Frau Herbrecht gerade gesagt hat bezogen auf den Fachkräftemangel. Wenn ab 2027 die Sozialversicherungspflicht und die Umsatzsteuerpflicht greifen, wird es übel für uns alle. Ich glaube, das geht an niemandem vorbei. Das geht selbst an den Volkshochschulen nicht vorbei, die es ja auch betrifft. Die Kommunen sind auch nicht in der rosigsten finanziellen Lage – alle anderen sowieso nicht. Da könnten Sie auch als Landtag ein Stück weit mithelfen. Da sind Sie sicher näher dran, als wir das als Bildungseinrichtungen sind. Das wäre auch mein Appell, sich dafür einzusetzen, dass das mal auf grundlegende Füße gestellt wird und geändert wird, damit wir da weiter gut und vernünftig arbeiten können und damit auch unsere Honorarkräfte bezahlen können.

Alle anderen Fragen sind schon beantwortet worden. Das muss ich nicht noch mal machen in der Kürze der Zeit.

Oliver Hein (Landesarbeitsgemeinschaft für eine andere Weiterbildung NRW): Ich möchte da direkt anknüpfen. Die Problematik haben wir nicht erst ab 2027, sondern schon jetzt, denn Kurse werden teilweise schon für 2027 geplant. Wenn wir uns den demografischen Wandel anschauen: Wenn Rentnerinnen und Rentner zu Beginn dieses Jahres in der Beratung durch die Deutsche Rentenversicherung die Rückmeldung bekommen, für einen zweistündigen Kurs in der Woche müssten sie eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung eingehen, ist das für die nicht attraktiv. Die überlegen sich jetzt, ob sie in die Weiterbildung gehen möchten oder nicht, und entscheiden sich dann häufig dagegen. Durch die Übergangslösung ist da jetzt ein bisschen Ruhe, aber bis die eingetreten ist, gab es diese entsprechenden Rückmeldungen aus der Rentenversicherung. Also: Die Problematik ist schon jetzt sehr akut und wird es eigentlich mit jedem Monat zunehmend.

Zum Thema „Weiterbildungsgesetz“ möchte ich explizit an das, was Frau Herbrecht und Frau Conzen gesagt haben, anschließen. Die Dynamisierung ist für uns sehr wichtig. Zur Entwicklungspauschale kann ich unterstreichen: Da die Möglichkeiten gerade im Qualifizierungsbereich zu erweitern, wäre natürlich eine gute Möglichkeit, mit vielfältigen Herausforderungen umzugehen.

Niklaas Hofmann (Landesarbeitsgemeinschaft für gewerkschaftliche Weiterbildung in NRW): Ich nehme den Ball auf, was die Sozialversicherungspflicht betrifft. Ich glaube, dass wir da in einem Dilemma sind, was auch im Zusammenhang steht mit der Frage: Wie sichern wir unser Personal? Wir haben in der Weiterbildungslandschaft insgesamt einen sehr hohen Anteil an Ehrenamtlichen und Soloselbstständigen und unter Letzteren einen Anteil, der über Jahre prekär gearbeitet hat, aber nicht, weil die Trägerorganisationen das so wollten, sondern weil die Finanzierung letztlich für

Daueraufgaben im Bildungsbereich projektförmig organisiert war und den Trägern nicht die Möglichkeit gab, dort andere Arbeitsplätze anzubieten.

Da sind wir jetzt in einem großen Dilemma, weil die Ansprüche an die Weiterbildung seit den 60er-, 70er-Jahren kontinuierlich gestiegen sind, was die Qualität der Angebote und Qualifizierung betrifft, aber die Arbeitsbedingungen nicht mitgehalten haben. Das Dilemma haben wir hier vor zwei Jahren schon mal diskutiert. Das hat sich aber durch genau diese Fragen verschärft. Da werden wir Schwierigkeiten haben, eine gute Lösung zu finden. Der Abwanderungsdruck – Herr Mittelstedt hat es schon beschrieben – ist ganz klar da, weil dort, wo Leute entsprechende pädagogische Qualifikationen haben und sich entscheiden müssen, weiter soloselbstständig zu arbeiten oder über den Quereinstieg vielleicht in der Kita oder in der Grundschule in ein Angestelltenverhältnis zu gehen, die Entscheidung nicht so schwerfällt.

Zu der Frage der finanziellen Unterstützung, Herr Tigges: Meine Erfahrung ist, dass es für Leute, die am Existenzminimum leben, nicht nur eine finanzielle Armut gibt, sondern auch eine Zeitarmut. Wenn ich sage, ich muss oder möchte mich weiterbilden, wirft das die Frage auf, wie das funktionieren kann. Das eine ist, dass der Arbeitgeber einspringt und sagt: Ich stelle dafür Arbeitszeit zur Verfügung, weil mir wichtig ist, dass die Reinigungskraft beispielsweise weiß, mit welchen Gefahrstoffen sie hantiert und wie sie die richtig einsetzen kann, und das einen Mehrwert für meinen Betrieb gibt.

Oder: Wenn es außerhalb der Arbeitszeit organisiert wird, muss ein Anreiz für die Person da sein, dieses Invest zu gehen, und sie muss es sich leisten können – ganz förmlich. Denn wenn nachher das Geld fehlt, um Lebensunterhaltskosten zu decken, dann wird sie diese Bildungsleistung nicht wahrnehmen. Deswegen ist es für diese Zielgruppen eine Frage: Können wir ihnen die Zeit erkaufen, oder können wir ihnen den materiellen Ausfall ersetzen? Das ist im Grunde genommen unsere Überlegung dahinter.

Frau Kirsch, zum Auslaufen der AlphaDekade maße ich mir nicht an, die Dekade als solche komplett zu bewerten. Aber mit Blick auf die gewerkschaftlichen Organisationen würde ich schon sagen: Es hat sicherlich auch etwas mit der gesamtgesellschaftlichen Debatte zu tun und damit, dass wir heute hier sitzen, dass es dazu Projekte gibt – auch von den Gewerkschaften selbst finanzierte Projekte – und sich mehr Gedanken darüber gemacht wird: Wie binden wir Menschen in unsere Organisationen ein, die vielleicht unserer Sprache nicht so mächtig sind, wie wir uns das wünschen würden?

Gleichwohl möchte ich da auch nachschieben: Auch in unseren Organisationen haben wir immer eine Konkurrenz, in welche Bildung wir investieren. Da ist der Organisationserhalt, die Betriebsratsqualifizierung, die Qualifizierung aktiver Mitglieder immer das Erste und die nicht organisierte Person oder das einfache Mitglied im Zweifelsfall hinten dran, wenn es nicht gerade eine gewisse Aufmerksamkeit dafür gibt oder eine Notwendigkeit.

Da habe ich doch eine gewisse Sorge, wenn man sich die Gesamtentwicklung unserer Gesellschaft anguckt – bei uns, aber auch bei anderen großen gesellschaftlichen Organisationen –, ob das, was der Staat gewohnt ist, an Kooperation zu bekommen, auch an Eigenmitteleinsatz unserer Organisationen, auf Dauer so erhalten bleiben wird.

Als letzter Punkt, Herr Beucker, weil Sie danach gefragt haben: Ja, ich glaube, es ist sehr sinnvoll, dass wir Qualifikation auch in anderen Sprachen anbieten, weil wir es mit komplexen Rechtszusammenhängen zu tun haben in der Betriebsratsqualifizierung. Die Leute, die sich für ein solches Ehrenamt entscheiden, sind in der Regel Menschen, die Bildung suchen, Bildung wollen – Bildungsaufsteiger –, aber vielleicht für dieses Mandat gerade noch nicht das komplette Sprachpaket mitbringen. Die Angebote, die wir machen, bringen den Anreiz, das eigene Deutsch zu verbessern, damit dieser Leistungssportjob Interessenvertretung im Betrieb, der ja auch konfliktbehaftet ist, gut ausgeübt werden kann. Wir haben zum Beispiel in der Start-up-Branche ja auch Unternehmen, die komplett in anderen Sprachen organisiert sind. Insofern sehe ich da keine Konkurrenz oder eine Bremse, sondern eigentlich ein Ermöglichen.

Mark Kleemann-Göhring (QUA-LiS NRW): Ich will auf zwei Punkte noch kurz eingehen. Frau Eisentraut, Sie hatten nachgefragt, was man zu Kooperationen vor Ort weiß. Wir wissen aus dem Weiterbildungsbericht, an dem wir gerade arbeiten – das deckt sich mit den ersten Zwischenergebnissen, die das Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik letzte Woche im Landesweiterbildungsbeirat vorgestellt hat –, dass Alphabetisierung und Grundbildung in den Kooperationen, so wie es vom Gesetzgeber auch vorgesehen ist, eine sehr große Rolle spielen. Die ersten Ergebnisse des ISG zeigen auch, dass es mit den Förderinstrumenten insgesamt, aber insbesondere mit dem 13a, eine recht hohe Zufriedenheit gibt, was die Einsatzmöglichkeiten angeht und was die Abwicklung der Instrumente betrifft.

Zu konkreten Eindrücken, woran man noch arbeiten kann, wurde ein Teil schon genannt, was Laufzeiten und Ähnliches bei anderen Instrumenten angeht. Ende des Jahres liegt das Evaluationsgutachten vor. An den Zwischenergebnissen konnte man schon sehen, das sind wirklich gute Arbeiten, die die dort machen, wo man, glaube ich, schöne Ansatzpunkte finden kann, wie man weiter damit umgeht.

Ich möchte noch auf die Rolle der Babyboomer eingehen. Letzte Woche im Landesweiterbildungsbeirat wurde ein Projekt vorgestellt von der Katholischen Erwachsenen- und Familienbildung zusammen mit der Uni zu Köln: Welche anderen Wege kann man vielleicht gehen, um dem Fachkräftemangel zu begegnen? Gasthörerinnen und Seniorinnenstudenten an der Uni zu Köln wurden gefragt, inwiefern das für sie vorstellbar ist, in der Weiterbildung als Kursleitende tätig zu werden. Das wurde flankiert mit einer Basisqualifizierung, was pädagogische Inhalte angeht. Das ist ein Beispiel dafür, welche Wege man ausprobieren kann.

Prof. Dr. Silke Schreiber-Barsch (Universität Duisburg-Essen): Angesichts der Zeit möchte ich mich auf die beiden Fragen konzentrieren, die an mich gerichtet worden sind.

Es wurde nach den Öffnungs- und Schließungsmechanismen gefragt. Ich hatte bereits auf diese gesetzlichen Öffnungs- und Schließungsmechanismen verwiesen mit dieser Versäulung von zum Beispiel Maßnahmen aus den Sozialgesetzbüchern. Inwiefern passe ich mit meiner speziellen Lebenslage zu welchen Ansprüchen oder Maßnahmen, die in Sozialgesetzbüchern hinterlegt sind? Was steht dort eigentlich im Vordergrund?

Wo docke ich dort an mit meinen berechtigten Ansprüchen? Wie erhalte ich darüber Informationen? Das heißt, das bezieht sich dann eher auf eine Frage auch von institutionellen Öffnungs- und Schließungsmechanismen.

Wenn ich auf die Lernbiografie gucke: Dass die Altersgrenze für die Beantragung von BAföG über das 30. Lebensjahr angehoben wurde, spiegelt gesellschaftliche Vorstellungen, wann man noch ein Studium beginnt. Solche gesellschaftlichen Vorstellungen sehe ich auch bei dem Instrument der Verfahrenslotsen, das sich an junge Menschen bis zum 27. Lebensjahr bei Behinderung oder drohender Behinderung richtet. Wie funktioniert das für Personen, bei denen die Einwanderungsgeschichte im Vordergrund steht und die dann nach 27 alleine gucken müssen, wie sie vorankommen? Das sind Beispiele.

Beratung, Begleitung und Unterstützung sind wesentlich. Öffnung kann vor allem über Austausch von Expertise – wie wir in der Stellungnahme hervorgehoben haben –, den Dialog mit den Personen selbst, mit Zielgruppen selbst, mit Adressat*innen selbst, Expert*innen in eigener Sache, funktionieren, um nicht an Bedarfen und Bedürfnissen vorbei zu organisieren. Das gilt genauso für die Wissenschaft, dort Expertise, Erfahrungswerte zusammenzubringen. Beispiele: finanzielle Grundbildung, soziale Schuldnerberatung, Zusammenarbeit von Sozialer Arbeit und Erwachsenenbildung, Weiterbildung. Ich höre immer wieder von Kolleg*innen: Wir bringen die Skills bei, einen Haushaltsplan zu führen, aber dann werden am Ende die Summen nicht gebildet, weil das einfach psychisch eine zu große Belastung darstellt, dann tatsächlich zu sehen, dort steht ein dickes Minus. Es geht also nicht nur um reine Techniken der Grundbildung, nicht nur um reine Skills, sondern um noch viel mehr, wo wir die Expertisen aus den unterschiedlichen Disziplinen und pädagogischen Handlungsfeldern brauchen.

Ich bin immer ein bisschen vorsichtig – aber ich bin als Wissenschaftlerin hier –, schnelle pauschale Transferlösungen anzubieten. Aber – das haben wir auch geschrieben – Deutschland zeichnet sich seit Jahrzehnten durch diese große Schere aus. Das hat auch PIAAC – das PISA für Erwachsene – wieder gezeigt: diese große Schere zwischen denen, die hohe Grundkompetenzen haben, und denen mit niedrigen Kompetenzen. Das ist weiterhin ein großer Unterschied zu europäischen Nachbarländern und hängt auch zusammen mit Fragen von Versäulung, von Bildungsstrukturen, von frühen Bildungsentscheidungen. Welche Schulformen werden gewählt, müssen gewählt werden? Wie laufen diese Wege durch das Bildungssystem?

In UK haben wir die Tradition, Literacy und Numeracy als Social Practices anzusehen, also nicht nur die reinen Techniken Lesen, Schreiben und Rechnen zu sehen, sondern die soziale Umwelt und – ganz wichtig – das Empowerment der Personen mit reinzunehmen, damit sie sich zum Beispiel trauen, am Ende auch die Summe im Haushaltsplan zu bilden, und für sich eine Handlungsmächtigkeit wahrnehmen, zum Beispiel in Lernangebote zu gehen.

Ein zweites Beispiel sind die nordischen Nachbarländer. Auch dort hat sich von der Regierung einiges getan, aber sie stehen weiterhin für lebendige Lernkulturen und damit auch eine Selbstverständlichkeit, eine Normalität, an Lernen in den unterschiedlichsten Formen teilzunehmen über die Lernbiografie hinweg.

Stichwort „Ehrenamt“: Ich finde es wichtig, den Blick zu weiten: Wie können ältere Personen dort auch eingebunden werden? Aber Ehrenamt ersetzt keinen Sozialstaat. Viele sind von Altersarmut betroffen. Wenn ich drei Jobs brauche, um meinen Lebensstandard zu sichern, kann ich nicht noch ehrenamtlich tätig werden und habe auch keine Zeit für eigene Grundbildung und Alphabetisierung.

Dr. Thorsten Eggers (Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege NRW): Ich möchte noch kurz ergänzen zur Frage nach dem demografischen Wandel, und zwar mit Blick auf die Teilnehmenden. Da möchte ich die unterschiedlichen Kooperationspartner*innen, die Träger und Einrichtungen hervorheben, die ganz unterschiedliche Zugänge haben zu Menschen von ganz jung bis ganz alt. Da ist die Verzahnung besonders wichtig von der Familiengrundbildung über Alphabetisierungskurse für junge Menschen bis hin zu jungen Eltern dann wiederum bis hin zu Menschen im Beruf, beruflicher Fortbildung usw., bis hin zum Übergang Beruf-Ruhestand.

Damit komme ich zu der Frage nach den lokalen Netzwerken und dazu, was auf der Landesebene getan werden könnte, um die zu stärken. Neben allem, was gerade schon gesagt wurde, braucht es eine interministerielle Zusammenarbeit, damit sich die Dinge, die vor Ort erfolgreich passieren, teilweise aber nicht ausgebaut werden können aufgrund von verschiedenen Entscheidungen in anderen ministeriellen Zuständigkeiten, nicht gegenseitig aufheben bzw. weiterhin eine Kooperation möglich und auf dem Schirm ist. Wichtig ist, dass auf Landesebene nicht nur die jeweiligen Angebote und Angebotsstrukturen, die oft auch relativ singulär evaluiert werden, in den Blick genommen werden, sondern wirklich alles, was miteinander verzahnt ist, denn anders geht es nicht.

Florian Kotscha (Arbeitskreis der Bildungsstätten und Akademien [Heimvolkshochschulen] in NRW): Frau Conzen hat schon auf die Frage, wie aufsuchende Arbeit und Bildungshäuser zusammenpassen, geantwortet, dass man das zusammendenken muss. Das möchte ich ausdrücklich bestätigen. Bildungshäuser haben vielfache und teilweise über Jahrzehnte gewachsene Beziehungen zu Brückenmenschen beispielsweise, die dann wiederum dafür sorgen, dass Leute in die Bildungshäuser kommen. Die Kontakte können durch aufsuchende Arbeit zustande kommen. Diese Beziehungen müssen aber auch gepflegt werden. Das ist genauso wichtig, finde ich. Es ist wie im privaten Bereich. Wenn man keinen Kontakt mehr hat zu den Brückenmenschen, dann schläft auch irgendwann die Belegung des Bildungshauses ein.

Deswegen ist es auch wichtig, das Thema „Personalentwicklung“ mitzudenken. Das ist hier auch schon von unterschiedlicher Stelle angesprochen worden – Stichwort „Entwicklungspauschale“. Es muss Qualifizierungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten für die Mitarbeitenden geben, um diese Beziehungen aufrechterhalten zu können. Vielfach hängt das dann an einzelnen Personen. So darf es aber nicht sein. Das muss auch unabhängig von Personen dann in der Institution verankert werden. Da sind solche Dinge wie Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen sehr wichtig.

Kooperationen sind sehr wichtig, um eine Schnittstelle zu bauen zwischen aufsuchender Arbeit und Arbeit in den Bildungshäusern. Wenn eine Weiterbildungseinrichtung Beziehungen zu zivilgesellschaftlichen Akteuren vor Ort knüpft und dann aber in einem weiteren Schritt Raum und Zeit braucht, um sich mit Themen vertieft auseinanderzusetzen, könnte es zu sehr fruchtbaren Kooperationen kommen.

Zertifizierung und Anerkennung: Das haben wir in unserer Stellungnahme unter dem Stichwort „Anreizstrukturen“ aufgeführt. Ich glaube, das macht jede Einrichtung schon von sich aus, dass es für kleinere Lernfortschritte Zertifikate oder Teilnahmebescheinigungen gibt, die von den Teilnehmenden sehr geschätzt werden. Alles, was das Land darüber hinaus noch offiziell anerkennen kann – das muss vielleicht kein Landeszertifikat sein; das kommt darauf an, wie umfangreich diese Grundbildungsmaßnahme ist –, würde aber auch helfen. Da habe ich jetzt nicht die Idee. Darüber müsste man nachdenken, wie es da weitergeht. Aber wir machen in der praktischen Arbeit auch die Erfahrung: Alles, was irgendwie anerkennt, dass diese Bildungsleistung von den Teilnehmenden erbracht worden ist und nicht nur von der Einrichtung, hilft weiter. Da geht es auch um Sichtbarkeit – das wurde eben, glaube ich, auch schon angesprochen – und um Augenhöhe.

Vorsitzender Dr. Hartmut Beucker: Ich danke den sachverständigen Gästen dafür, dass sie ihre wertvolle Expertise in unseren parlamentarischen Betrieb eingespeist haben. Ich wünsche eine gute Heimreise bzw. denjenigen, die an der Weiterbildungskonferenz teilnehmen, viele interessante Vorträge und Gespräche.

gez. Dr. Hartmut Beucker
Vorsitzender

Anlage
09.10.2025/09.10.2025

Anhörung von Sachverständigen
des Wissenschaftsausschusses

Wie gestalten wir Grundbildung in einer vielfältigen, alternden Einwanderungsgesellschaft?

am Montag, dem 8. September 2025
10.00 bis (max.) 12.00 Uhr, Plenarsaal, Livestream

Tableau

eingeladen	Teilnehmende	Stellung-nahme
Gesprächskreis für Landesorganisationen der Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen Celia Sokolowsky, Antje Rösener Düsseldorf	**Antje Rösener** **Celia Sokolowsky**	**18/2730**
Landesverband der Volkshochschulen Nordrhein-Westfalen Celia Sokolowsky Düsseldorf	**Dr. Stefan Mittelstedt**	**18/2734**
Evangelisches Erwachsenenbildungswerk Nordrhein Dr. Dagmar Herbrecht Düsseldorf	**Dr. Dagmar Herbrecht**	**18/2736**
Landesarbeitsgemeinschaft katholische Erwachsenen- und Familienbildung NRW Wolfgang Hesse, Helga Conzen Köln	**Helga Conzen**	**---**
Landesarbeitsgemeinschaft für eine andere Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen (LAAW NRW) Angéla van den Boom Bielefeld	**Oliver Hein**	**18/2744**
Landesarbeitsgemeinschaft für gewerkschaftliche Weiterbildung in NRW e.V. (LGW) vom DGB-Bildungswerk Düsseldorf	**Niklaas Hofmann**	**18/2745**
Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen / Städtetag Nordrhein-Westfalen / Landkreistag Nordrhein-Westfalen Daniela Schneckenburger Bildungsdezernentin Köln	*keine Teilnahme*	**18/2749**

eingeladen	Teilnehmende	Stellung-nahme
QUA-LiS NRW – Supportstelle Weiterbildung Horst Kückmann Soest	**Mark Kleemann-Göhring**	**18/2743**
Landesarbeitsgemeinschaft Demokratischer Bildungswerke (LDB) Jan Zajic Dortmund	*keine Teilnahme*	**---**
Professorin Dr. Silke Schreiber-Barsch, Professor Dr. Helmut Bremer Universität Duisburg-Essen Institut für Berufs- und Weiterbildung Essen	**Professorin Dr. Silke Schreiber-Barsch**	**18/2731**
Vorsitzender LAG Freie Wohlfahrtspflege NRW, Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Nordrhein e.V. Hartmut Krabs-Höhler Düsseldorf	**Dr. Thorsten Eggers**	**18/2742**
Arbeitskreis der Bildungsstätten und Akademien (Heimvolkshochschulen) in NRW e.V. Köln	**Florian Kotscha**	**18/2748**

***